

» JANUAR – DEZEMBER 2011



# PARLAMENARISCHER BERICHT

ALEXANDER ALVARO | MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS





# AUSZÜGE AUS DER EUROPAPOLITISCHEN ARBEIT

JANUAR – DEZEMBER 2011

ALEXANDER ALVARO | MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

---

## » AUFGABEN

- STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DES HAUSHALTAUSSCHUSSES
- MITGLIED DES AUSSCHUSSES FÜR BÜRGERLICHE FREIHEITEN, JUSTIZ UND INNERES
- MITGLIED IM SONDERAUSSCHUSS ZU DEN POLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN UND DEN HAUSHALTSMITTELN FÜR EINE NACHHALTIGE EUROPÄISCHE UNION NACH 2013\*
- MITGLIED DER DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZUM IRAN
- STELLVERTRETENDES MITGLIED DER DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU INDIEN
- MITGLIED DES FDP BUNDESPRÄSIDIUMS

\* DIE ARBEITEN DES SONDERAUSSCHUSSES WURDEN AM 30. JUNI 2011 ABGESCHLOSSEN.

---

## » INHALT

WILLKOMMEN .....	5
RÜCKBLICKEND: AUSZUG AUS TERMINEN UND VERANSTALTUNGEN 2011 .....	6
SWIFT .....	8
PNR .....	14
VORRATSDATENSPEICHERUNG .....	18
INDECT .....	22
INTERNETSPERREN .....	27
NETZPOLITIK .....	30
NACKTSCANNER .....	32
GRUNDRECHTE .....	35
ONE SEAT .....	41
HAUSHALT UND SCHULDENKRISE .....	46
IMPRESSUM .....	54



## SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE PARTEIFREUNDE UND JULIS,

ein spannendes und herausforderndes politisches Jahr neigt sich seinem Ende zu und wie jedes Jahr möchte ich Ihnen einen Einblick in meine politische Arbeit geben.


Mit dem Vertrag von Lissabon sind die Gestaltungsmöglichkeiten des Europäischen Parlaments deutlich gewachsen. Damit einher geht eine erhöhte Verantwortung der Abgeordneten in der Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten.

Die meisten Aufgaben, mit denen ich betraut bin, sind seit 2004 fester Bestandteil meiner parlamentarischen Arbeit. Naturgemäß kommen im Laufe der Zeit immer neue Herausforderungen hinzu, die ich mit großer Freude und Engagement angehe. Themen wie das SWIFT-Abkommen, die Vorratsdatenspeicherung, INDECT, der Datenschutz, der Schutz der Grundrechte sowie die One-Seat-Debatte oder der stets aktuelle Haushalt und die dominierende Diskussion um die kritische Wirtschaftslage standen im Mittelpunkt meiner Arbeit 2011.

Mitten in der schwersten Staatsschuldenkrise der letzten Jahrzehnte galt es, trotz aller Probleme und Schwierigkeiten, nicht aus dem Auge zu verlieren, wofür Europa steht. Es geht um mehr als nur die Währungsunion – eine Stabilitätsarchitektur für die Zukunft der EU zu schaffen ist die eigentliche Herausforderung der heutigen Zeit.

Die FDP wird weiterhin für eine Europäische Union eintreten, die unseren Bürgern auch in Zukunft Wohlstand, Stabilität und Sicherheit bringt. Ich bin zuversichtlich und glaube fest daran, dass dies der FDP im Europäischen Parlament auch 2012 gelingen wird.

Es grüßt Sie freundlich



Alexander Alvaro  
Mitglied des Europäischen Parlaments

### RÜCKBLICKEND: AUSZUG AUS TERMINEN UND VERANSTALTUNGEN

#### » JANUAR 2011

11. ALDE Neujahrsempfang, Brüssel
12. Redner beim Seminar 'Roundtable on social networks', Brüssel
17. Außerordentliche LIBE-Sitzung zum ungarischen Mediengesetz, Brüssel
31. Redner vor Finanzexperten der Brüsseler Ländervertreter, Brüssel

#### » FEBRUAR 2011

3. Austausch mit dem sächsischen Staatsminister für Justiz und Europa **Martens**, Brüssel
8. Diskussion mit der EU-Innenkommissarin **Malmström**, Brüssel
10. EU-US Annual Information Society Dialogue, Brüssel
10. Treffen mit den JuLis Aachen, Brüssel
18. Informationsgespräch an der Uni Wuppertal zu INDECT, Wuppertal
22. Treffen mit dem US-Gesandten **Delawie**, Berlin
22. Treffen mit der Bundesministerin der Justiz **Leutheusser-Schnarrenberger**, Berlin

#### » MÄRZ 2011

2. Treffen mit der dänischen Ministerin für Wissenschaft, Technologie und Innovation **Sahl-Madsen**, Kopenhagen
2. Redner bei der 'e-privacy Konferenz', Kopenhagen
3. Treffen mit dem ehemaligen Minister für Innere Sicherheit der Vereinigten Staaten **Chertoff**, Brüssel
10. Bürgergespräch 'Mitreden über Europa', Essen
17. Redner beim Seminar 'Getting European Citizens' Initiatives started', Brüssel
19. FDP-Kreisparteitag, Düsseldorf
23. Teilnahme an der 'Aspen IDEA Konferenz', Brüssel
24. Treffen mit dem US-Botschafter **Kennard**, Brüssel
28. Vortrag bei der Hamburger Gesellschaft zur Förderung des Datenschutzes, Hamburg

#### » APRIL 2011

5. Treffen mit dem ehemaligen Microsoft-CEO **Gates**, Straßburg
9. Grußwort beim Landesparteitag der FDP Bayern, Amberg, und beim Landesparteitag der FDP Hessen, Stadtallendorf
14. Redner bei 'IIC Telecoms and Media Forum', Brüssel
24. Teilnahme an der ALDE-Delegation nach Taiwan

#### » MAI 2011

5. Bürgergespräch 'Mitreden über Europa', Bochum
6. Redner beim Werkhallentalk, Bielefeld
7. Teilnahme am Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen, Duisburg
10. Austausch mit dem australischen Botschafter **Nelson** und dem französischen Botschafter **Etienne**, Brüssel
11. Treffen mit dem taiwanesischen Botschafter **Li**, Brüssel
13. Teilnahme am 62. Bundesparteitag, Rostock
17. Treffen mit dem Bundesminister der Finanzen **Schäuble** und dem Botschafter **Tempel**, Brüssel
24. Treffen mit dem Bundesminister des Auswärtigen **Westerwelle**, Brüssel
25. Treffen mit der Facebook-COO **Sandberg**, Brüssel

#### » JUNI 2011

9. Bürgergespräch 'Mitreden über Europa', Düsseldorf
14. Treffen mit dem Direktor von Europol **Wainwright**, Den Haag
16. European-American Biennial Young Leaders Alumni Conference, Portland/Maine
20. Redner beim European American Business Council zu Datenschutz, Washington D.C.
22. Besuchergruppe aus Nordrhein-Westfalen
22. EU40-Sommerfest

## » JULI 2011

1. Treffen mit dem Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen **Hoyer**, Berlin
8. Besuch beim Planspiel 'Europas Klima wandeln', Hagen
12. Redner bei der Konferenz 'Al-Qa'ida in Süd-Asien', Brüssel
14. Redner bei der Veranstaltung 'Future Agenda Privacy and Trust', Brüssel
28. Leiter der Delegation des Europäischen Parlaments beim informellen Rat der Europaminister, Sopot

## » SEPTEMBER 2011

6. Keynote Präsentation bei den 'GSMA Mobile Meetings Series', Brüssel
7. Redner beim Arbeitskreis BITKOM PublicAffairs, Brüssel
8. Arbeitsgruppe mit der CDU/CSU und der FDP zum mehrjährigen Finanzrahmen, Berlin
9. Redner bei der FDP-Kommission 'Internet und Medien', Berlin
10. Teilnahme an der Demonstration 'Freiheit statt Angst', Berlin
20. Treffen mit dem Deputy Chief Technology Officer des Weißen Hauses **Weitzner**, Brüssel
20. Redner bei der Fortbildungsakademie Nordrhein-Westfalen zum Thema Vorratsdatenspeicherung, Brüssel
22. Liberales Dinner mit der Bundesministerin der Justiz **Leutheusser-Schnarrenberger**, Brüssel

## » OKTOBER 2011

3. Empfang zum Tag der Deutschen Einheit 2011, Brüssel
4. Redner bei der Veranstaltung 'The 2011 Digital Agenda Summit', Brüssel
8. Regionalkonferenz der FDP zum Thema Euro, Würzburg
9. Regionalkonferenz der FDP zum Thema Euro, Dortmund
13. EU40/Friends-Of-Europe President's Dinner mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission **Barroso**, dem Präsidenten des Europäischen Rates **Van Rompuy** sowie dem polnischen EU-Ratspräsidenten **Tusk**, Brüssel
20. Konferenz der Ratspräsidentschaft zum Mehrjährigen Finanzrahmen mit Beteiligung der nationalen Parlamente, Brüssel
27. Bürgergespräch 'Was wird aus dem Euro', Hochdahl

## » NOVEMBER 2011

8. Besuchergruppe aus Nordrhein-Westfalen
12. Teilnahme am außerordentlichen Bundesparteitag der FDP, Frankfurt
15. Teilnahme am Kreishauptausschuss zum Mitgliederentscheid, Düsseldorf
18. Haushaltskonzertierung 2012, Brüssel
23. Treffen mit dem CEO der Deutschen Bank **Ackermann**, Brüssel
23. ELDR-Kongress, Palermo

## » DEZEMBER 2011

2. Redner beim Dialog 'Bundshaushalt und EU-Haushalt', Berlin
6. Schülergruppe aus Düsseldorf
7. Teilnahme an der Auswärtigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Bundestages, Brüssel



## » SWIFT

Zur Bekämpfung des weltweiten Terrorismus wurde in den USA nach dem 11. September 2001 das Terrorist Finance Tracking Program (TFTP) entwickelt. Ziel ist es, die finanzielle Unterstützung von internationalen Terroraktionen zu stoppen. Das internationale Abkommen erlaubt US-Behörden, die **Daten des Finanzdienstleisters SWIFT zu diesem Zwecke zu durchsuchen und zu speichern.**

Mitte letzten Jahres hat das Europäische Parlament das **SWIFT-Abkommen** angenommen. Die Zustimmung des EPs erfolgte unter der Voraussetzung, dass die EU einen eigenen Rechtsrahmen ausarbeitet, der die Übertragung von Massendaten in die USA mittelfristig beendet. Zusätzlich sollten klar definierte US-Anfragen, eine Verifizierung dieser Anfragen in Europa, eine unabhängige Überprüfung der Datenauswertung und Auskunftsansprüche gegenüber amerikanischen Behörden neben der Sicherheit insbesondere die Einhaltung der Grundrechte unserer Bürger gewährleisten.

Umso enttäuschender ist es, dass es mir seit einem Jahr nicht gelungen ist, Auskunft zu erhalten, ob mit persönlichen Daten rechtskonform umgegangen wird. Recherchen haben ergeben, dass die Implementierung der neuen grundrechtsrelevanten Verpflichtungen bisher gescheitert ist.

Wir erwarten von der EU-Kommission, die festgestellten Mängel umgehend zu beheben und das Verfahren erneut zu prüfen. Sollte die Probleme weiterhin bestehen, werden wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eine Aussetzung des Abkommens verlangen. Grundrechtsschutz darf nicht allein auf dem Papier festgeschrieben sein, sondern muss den Praxistest bestehen, um mehr als ein Feigenblatt zu sein.



FINANCIAL TIMES | 9. MÄRZ 2011

## » BRÜSSEL SCHÜTZT SWIFT-DATEN UNZUREICHEND

Die EU-Polizeibehörde Europol gerät wegen ihres Umgangs mit Bankdaten aus dem transatlantischen SWIFT-Abkommen in die Kritik. Die für Europol zuständigen Kontrolleure äußerten in ihrem ersten Prüfbericht über die SWIFT-Umsetzung „ernste Besorgnis über die Einhaltung von Datenschutzprinzipien“. [...]

Im EU-Parlament, das das SWIFT-Abkommen lange blockiert hatte, wächst der Unmut. „Ich fühle mich betrogen“, sagte Alexander Alvaro (FDP), der Verhandlungsführer der Parlamentarier. Sollten die Kontrolleure recht behalten, müsse Europol-Direktor Rob Wainwright zurücktreten.

ZEIT ONLINE | 10. MÄRZ 2011

## » USA GREIFEN UNGEBREMST AUF EUROPÄISCHE BANKDATEN ZU

Der liberale Abgeordnete Alexander Alvaro, der als Berichterstatter für das SWIFT-Abkommen gestimmt hatte, beurteilte eine Kündigung als Ultima Ratio. Zunächst gelte es, Europol in die Verantwortung zu nehmen. „Ich bin stinksauer“, sagte Alvaro. Die Liberalen hätten dem Abkommen „schweren Herzens zugestimmt“ und sich um eine Balance zwischen den Datenschutzinteressen der europäischen Bürger und den Sicherheitsinteressen bemüht. „Wenn jetzt die Maßnahmen nicht nur etwas lax umgesetzt, sondern komplett ignoriert werden, müssen wir Europol wohl daran erinnern, dass sie an EU-Recht gebunden sind.“ Das Vorgehen der USA überrasche kaum, sagt Alvaro: „Wenn man dem Kind die Keksdose vor die Nase hält, wird es sich auch bedienen.“ Alvaro will nun zunächst Rob Wainwright, den Europol-Direktor einbestellen. Wenn der sich nicht erklären könne, müsse er seiner Meinung nach zurücktreten, sagte Alvaro.

SPIEGEL ONLINE | 16. MÄRZ 2011

## » BRÜSSEL BERÄT ÜBER STOPP DES SWIFT-ABKOMMENS

Das umstrittene SWIFT-Abkommen sorgt für neuen Ärger. Im Selbsttest hat ein EU-Abgeordneter in einer wochenlangen Odyssee versucht herauszufinden, ob US-Behörden auf seine persönlichen Bankdaten zugreifen – vergebens. Nun prüft das Parlament in Brüssel eine Aussetzung des Pakts.

Nur mit großen Bauchschmerzen stimmte das Europaparlament im vergangenen Jahr dem sogenannten SWIFT-Abkommen mit den USA zu. Die Übereinkunft erlaubt die Weitergabe von Daten europäischer Bankkunden an US-Ermittler nur unter strengen Vorgaben. Doch diese Vorgaben werden offenbar in mehreren Punkten nicht eingehalten.

Vor einer Woche bemängelte ein Bericht der gemeinsamen Kontrollinstanz von Europol (GKI), dass die schriftlichen Anfragen der USA an Europol zu vage sind, um auf dieser Basis über die Zulässigkeit zu entscheiden. Trotz der fehlenden Entscheidungsgrundlage habe Europol aber jeder Anfrage zugestimmt, berichteten die Prüfer. Die Kontrolleure kritisierten, dass dadurch eine Datenschutzaufsicht „unmöglich“ gemacht werde.

Jetzt stellt sich heraus, dass auch ein zweiter Kontrollmechanismus in der Praxis versagt. Laut Artikel 15 des SWIFT-Abkommens hat jeder EU-Bürger das Recht zu erfahren, ob amerikanische Behörden auf seine persönlichen Bankdaten zugreifen und wenn ja, um welche Behörde es sich handelt.

Ein halbes Jahr lang hat ein Mitarbeiter des FDP-Europaabgeordneten Alexander Alvaro im Selbstversuch probiert, von den zuständigen deutschen Behörden die ihm als Bürger zustehende Auskunft zu erhalten. Fazit: „Den deutschen Behörden ist es bisher nicht einmal gelungen herauszufinden, ob Daten überhaupt verarbeitet wurden. Dadurch werden die Rechte der EU-Bürger auf Berichtigung, Löschung oder Sperrung der Daten zur Makulatur.“

Im Oktober 2010 kontaktierte Alvaros Büro erstmals die Behörde des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BFDI). Schriftlich bat der Politiker darum, Auskunft zu erhalten, ob persönliche Zah-



» Dadurch werden die Rechte der EU-Bürger auf Berichtigung, Löschung oder Sperrung der Daten zur Makulatur.«

lungsverkehrsdaten eingesehen oder an die USA übertragen wurden. Vier Tage später antwortete der Datenschutzbeauftragte, dass zur Bearbeitung des Anliegens die Kopie eines zum Teil geschwärzten Personalausweises nötig sei. Nachdem Alvaro das angefragte Dokument eingeschickt hatte, brauchte es weitere fünf Wochen, zwei Erinnerungs-E-Mails und eine telefonische Nachfrage, bis der Parlamentarier eine Antwort erhielt. Darin erklärte die Datenschutzbehörde, dass die eingesandten Angaben bezüglich des Identitätsnachweises mittlerweile nicht mehr ausreichen würden. Dann folgte eine höchst widersprüchliche Empfehlung: Alvaro möge bitte zunächst abwarten, da es noch Klärungsbedarf gebe. Vorsorglich sollte Alvaros Büro aber schon einmal Informationen zur persönlichen Bankverbindung des Politikers übermitteln.

#### WOCHENLANGES HIN UND HER – OHNE ERGEBNIS

Einen Monat später forderte der Datenschutzbeauftragte das Büro des Abgeordneten auf, eine ungeschwärzte Ausweiskopie sowie alle bereits Ende Oktober verschickten Dokumente nochmals zu übermitteln. Besonders skurril: Im selben Schreiben äußerte der BFDI Bedenken gegen diese Übermittlung zusätzlicher persönlicher Daten. Von der Übermittlung der eigenen Bankdaten war allerdings in dem Schreiben keine Rede mehr.

Nach weiteren vier Wochen erfuhr Alvaros Büro in einem Telefonat mit dem BFDI, dass das Auskunftersuchen noch immer nicht an die US-Behörden weitergeleitet wurde. Es gebe, so der Datenschutzbeauftragte, noch immer keine Einigung zwischen den US-Behörden und dem BFDI. Die amerikanischen Behörden würden immer mehr Daten der Antragsteller verlangen. Alvaro willigte ein, die betreffenden Daten trotzdem an die US-Behörden weiterzuleiten.

Anfang dieses Monats schließlich bestätigte der BFDI, dass Alvaros Auskunftersuchen endlich an die USA weitergeleitet wurde. Gleichzeitig teilte die Behörde mit, dass sie keinerlei Informationen oder Befugnisse habe, um festzustellen, ob und wer in den USA Daten abgefragt hat. Der Datenschutzbeauftragte kritisierte, dass derjenige, der um Auskunft ersucht, weitere persönliche Daten übermitteln müsse, um herauszufinden, ob die USA von seinen Daten Gebrauch gemacht hat.

Für diesen Mittwoch hat der Innenausschuss des Europaparlaments das SWIFT-Abkommen auf die Tagesordnung gesetzt. Die zuständige EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström will den Abgeordneten einen Bericht vorlegen. Parlamentarier von Grünen und FDP drohen bereits mit der Aussetzung des Abkommens. Innenexperte Alvaro erwartet von der EU-Kommission, dass sie sich der Versäumnisse annimmt und innerhalb der nächsten drei Monate das Verfahren erneut prüft. „Sollte diese Prüfung ebenso vernichtende Ergebnisse liefern, werden wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eine Aussetzung des Abkommens verlangen“, kündigt Alvaro an.

---

EUOBSERVER | 16. MÄRZ 2011

### » MEPS DECRY 'BREACH OF TRUST' IN EU-US DATA DEAL

With the EU's police agency Europol rubberstamping bank data requests from the US and following 'oral orders' from American investigators, MEPs have warned they may block future data transfer deals with the US.

„After reluctantly having given our consent to this agreement, we feel betrayed in reading this report, since it's also about the credibility of the European Parliament and the EU itself,“ German Liberal MEP Alexander Alvaro said during a parliamentary hearing on Wednesday (16 March).

---

 ORF.AT | 16. MÄRZ 2011

## » SWIFT-ABKOMMEN: ÜBERPRÜFUNG MANGELHAFT

Im Innenausschuss des EU-Parlaments ist am Mittwoch der Prüfbericht von Europol zum Ablauf der Finanzdatenübermittlung in die USA im Rahmen des SWIFT-Abkommens debattiert worden. Dabei wurde scharfe Kritik an den fehlenden Kontrollmöglichkeiten laut. Die Bürger können zwar Anfragen stellen, ob sie von dem Datenaustausch betroffen sind, in der Realität verhindern das aber Kompetenzwirrwarr und bürokratische Hürden.

Aber auch diese Verbesserungen würden nichts daran ändern, dass die Bürger nichts davon erfahren, wenn ihre Daten mit an die US-Behörden übermittelt werden. Der liberale deutsche EU-Parlamentarier Alexander Alvaro, der dem Abkommen skeptisch gegenübersteht, versucht seit Oktober 2010, über den Datenschutzbeauftragten des Bundes herauszufinden, ob er von den Übertragungen betroffen sei, wie Spiegel Online am Mittwoch berichtet hat. Auch nach fünf Monaten und immer neuen Datenanforderungen seitens der Behörden, ist es Alvaro nicht gelungen, eine Antwort auf seine einfache Anfrage zu erhalten.

„Die US-Behörden verlangen persönliche Daten wie eine Passkopie des Antragsstellers“, so Eva Souhrada gegenüber ORF.at, „Generell ist im Abkommen nicht geregelt, wer eigentlich für die Prüfung der Anträge zuständig ist. Im Abkommen ist einmal von Datenschutzbehörden, dann wieder von Aufsichtsbehörden die Rede. Es fühlt sich niemand dafür zuständig, das auszulegen. Es gibt viele offene Fragen, die Artikel-29-Gruppe der unabhängigen Datenschutzbehörden wird sich um eine harmonisierte Auslegung der Vorschriften bemühen.“ Dies, so die DSK-Geschäftsführerin, werde aber noch dauern.

### NEUE PRÜFUNG ANGEMAHNT

Aus dem Büro von Alexander Alvaro heißt es, dass der offizielle Prüfbericht von Innenkommissarion Cecilia Malmström, der den Parlamentariern am Donnerstag vorgestellt werden wird, positiv ausfallen werde. Eine Ansicht, die der liberale Abgeordnete nicht teilt, denn nach seinen Informationen würden genauso viele US-Anfragen anfallen wie vor dem Inkrafttreten des Abkommens. Er verlangt, dass die Kommission in drei Monaten einen neuen Prüfbericht vorlegen soll. Wenn auch dieser ergebe, dass der Grundrechtsschutz der Bürger nicht gewährleistet sei, werde man alle Mittel nutzen, um die Aussetzung des Abkommens zu erwirken.

---

 HEISE ONLINE | 17. MÄRZ 2011

## » SCHARFE KRITIK IM EU-PARLAMENT AN BANKDATENTRANSFER IN DIE USA

Das Parlament sei betrogen worden, sagte die liberale britische Abgeordnete Sarah Ludford. Der Bericht sei schockierend; dass Europol den längeren Annex zum GKI-Bericht kurzerhand als „Verschluss-Sache“ eingestuft hat, könne das Parlament nicht hinnehmen. Ihr Parteikollege, der damalige Berichtersteller für das TFTP-Abkommen, Alexander Alvaro, meint, alles laufe so wie früher: „Nicht ein Funken mehr Grundrechtsschutz ist implementiert worden, und alles läuft so weiter wie früher.“ Die Bedenken des Parlamentes, dass das ursprüngliche Abkommen gekippt hatte, seien nicht ernst genommen worden.

Alvaro hatte unmittelbar nach Bekanntwerden des Berichtes sogar personelle Konsequenzen bei Europol gefordert, wenn Wainwright sich nicht restlos erklären könne. Er kritisierte, dass das Recht der EU-Bürger auf Einsicht in möglicherweise von ihnen in den USA gespeicherte Daten wertlos sei, da die USA dazu vorab eine Ausweiskopie und Bankverbindungsdaten verlangten. Das Parlaments sieht auch den direkt beim Finanzministerium angesiedelten EU-Beamten, der den Prozess des Data Mining der US-Behörden beobachten soll, als Totalausfall an. Das Parlament hatte bislang sogar Mühe, den Namen des betreffenden Beamten zu erfahren, wetterten die Abgeordneten. Der Beamte müsse jetzt dringend dazu hören, was in Washington vor sich gehe, sagte Rui Tavares von den Linken. In allen Fraktionen fragt man sich inzwischen, ob das Votum für das TFTP ein Fehler war.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG | 18. MÄRZ 2011

» **EUROPAABGEORDNETE BEKLAGEN VERSTÖSSE GEGEN DATENSCHUTZ**

Im Parlament reagierten Abgeordnete mit Verärgerung auf einen Bericht von Europol, wonach die amerikanischen Anfragen zu abstrakt und zu allgemein seien, um dem Europäischen Polizeiamt eine datenschutzrechtliche Prüfung zu gestatten, wie das eigentlich vorgesehen ist. Der FDP-Abgeordnete Alvaro sagte, das Parlament habe dem Abkommen zugestimmt und fühle sich nun betrogen. Ähnlich äußerten sich Vertreter fast aller Fraktionen mit Ausnahme der Konservativen um die britischen Tories.

SPIEGEL ONLINE | 31. MÄRZ 2011

» **AMERIKANER VERSTOSSEN GEGEN SWIFT-ABKOMMEN**

Die EU-Kommission räumt in einem Bericht schwere Fehler bei der Umsetzung des SWIFT-Abkommens ein. Die USA speichern demnach Daten europäischer Bankkunden ohne Anlass und auf Vorrat – und verschweigen die Zahl der Zugriffe. EU-Parlamentarier fordern die Aussetzung des Paktes. [...]

Es ist nicht das erste Mal, dass die Kritiker des SWIFT-Abkommens Munition erhalten. Bereits Anfang März bemängelte ein Bericht der gemeinsamen Kontrollinstanz von Europol (GKI), dass die schriftlichen Anfragen der USA an Europol zu vage seien, um auf dieser Basis über die Zulässigkeit zu entscheiden. Trotz der fehlenden Entscheidungsgrundlage habe Europol jeder Frage zugestimmt, kritisierten die Prüfer. Eine Datenschutzaufsicht werde dadurch „unmöglich“ gemacht.

» **„SCHWERWIEGENDE VERTRAGSVERLETZUNGEN“**

Dann kam heraus, dass auch ein zweiter Kontrollmechanismus in der Praxis versagt. Laut Artikel 15 des SWIFT-Abkommens hat jeder EU-Bürger das Recht zu erfahren, ob amerikanische Behörden auf seine persönlichen Bankdaten zugreifen und wenn ja, um welche Behörde es sich handelt. Ein Selbstversuch des FDP-Europaabgeordneten Alexander Alvaro hatte gezeigt, dass es den deutschen Behörden nicht einmal gelingt herauszufinden, ob Daten überhaupt verarbeitet werden.

Nachdem der Kommissionsbericht die Verstöße gegen den Datenschutz eingeräumt hat, fordert der FDP-Innenexperte jetzt Konsequenzen. Es handle sich um „schwerwiegende Vertragsverletzungen“, so Alvaro. Das Europäische Parlament sei nicht bereit, die bekannt gewordenen Versäumnisse zu ignorieren. „Ohne umgehende Behebung der Mängel ist die Aussetzung des Abkommens notwendig.“

FRANKFURT RUNDSCHAU | 13. JULI 2011

» **EU WILL SWIFT-ABKOMMEN LEICHT ENTSCHÄRFEN**

Bei der Terrorismusbekämpfung will die EU die Weitergabe von Bankdaten europäischer Verbraucher an die USA begrenzen. Die Daten sollen nicht mehr paketweise geschickt werden. Stattdessen will die EU sie erst selbst auswerten. [...]

Das lange umstrittene 'SWIFT'-Abkommen regelt derzeit die Datenweitergabe. Immer wieder beschwerten sich Datenschützer und Europaparlamentarier über Verstöße gegen den Datenschutz. Der internationale Vertrag namens TFTP war am 1. August 2010 in Kraft getreten. Er erlaubt US-Geheimdiensten, in den Daten des Finanzdienstleisters SWIFT und anderen Anbietern die Kontobewegungen von Verdächtigen in der EU zu überwachen. Dabei geht es um Name des Absenders und des Empfängers, die Kontodaten, die Summe und den Verwendungszweck. Die Daten können nach Freigabe durch Europol und einen EU-Kontrolleur weitergeleitet werden.

Das Europaparlament hatte dem Vertrag nur unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass die EU innerhalb eines Jahres einen Rahmen für die eigene EU-Datenanalyse setzt. „Diese rechtsverbindliche Zusage hat die EU-Kommission nicht erfüllt“, kritisierte der FDP-Europaabgeordnete Alexander Alvaro. [...]



» Diese rechtsverbindliche Zusage hat die EU-Kommission nicht erfüllt. «

---

INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE | 14. JULI 2011

## » E.U. PLANS OWN SYSTEM TO TRACK DATA ON TERRORISTS

The European Commission presented proposals Wednesday for tracking the finances of terrorists in Europe that are aimed at ending the primary role of the United States in those efforts.

The European Union needed to find a European solution for extracting the requested data on European soil, said Cecilia Malmstrom, the E.U. commissioner for home affairs.

In response to an inquiry, the U.S. Department of the Treasury said in a statement that it would cooperate and provide assistance and advice if the system established in Europe was equivalent to the current U.S.-led program.

Many E.U. lawmakers have long objected to the existing program, which sends information on financial transactions in bulk to the United States, where it is sifted for evidence of terrorist plots. [...]

Europe needed "the least privacy-invasive option" and not "a copy of the U.S. intelligence system," said Alexander Alvaro, a German member of the European Parliament.

Members of the European Parliament and other campaigners have complained for years that the program undermines privacy because it requires large batches of information to be sent to the United States for analysis and storage there.



## » PNR

Die Debatte über die umstrittene Verwendung von Passagierdaten ging auch dieses Jahr unvermindert weiter. Im Februar gab die EU-Kommission den Entwurf einer Richtlinie für den **Transfer von Fluggastdaten** (Passenger-Name Records, PNR) bei Langstreckenflügen ins außereuropäische Ausland bekannt.

Die britische Regierung legte einen Vorschlag für die Ausweitung des Austausches von Passagierdaten auf innereuropäische Flüge dem Europäischen Rat zur Diskussion vor. Der Gedanke der umfassenden Speicherung und Verwendung dieser Daten zur Aufklärung jeglicher Art von Straftaten ist aus meiner Sicht jedoch kaum mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu vereinbaren.

Gleichzeitig verhandelte die Kommission über PNR-Abkommen mit Australien, Kanada und den USA. Den Entwurf des US-Abkommens bewerten wir Liberale in wesentlichen Punkten als ungenügend. Vor allem sind es die Bestimmungen der Datenschutzregelungen, wie beispielsweise Lösungsfristen, die weit entfernt von den rechtlichen Vorgaben der Union sind.

Wir Liberale appellieren weiterhin an die Kommission, die Verhandlungen mit den USA neu aufzunehmen, wenn sie die Zustimmung des Europäischen Parlamentes erwartet. Maßstab bei der Speicherdauer, Zugriffsrechten und dem Rechtsanspruch europäischer Bürger muss das jüngst abgesegnete **PNR-Abkommen** mit Australien sein.



FRANKFURTER RUNDSCHAU | 4. MÄRZ 2011

## » GROSSBRITANNIEN: EU MUSS MEHR SAMMELN

Wer im Flugzeug kein Schweinefleisch mag, muss künftig damit rechnen, dass Behörden aller EU-Staaten darüber informiert werden. Das sieht ein Vorschlag Großbritanniens zur Speicherung von Flugpassagierdaten vor.

Der Entwurf für eine entsprechende EU-Richtlinie, der dem Europäischen Rat zur Diskussion vorgelegt wurde, wurde in dieser Woche von der Bürgerrechtsorganisation statewatch.org veröffentlicht. Die britische Regierung hatte den Vorschlag kurz zuvor dem Europäischen Rat zur Diskussion vorgelegt. Er sieht es vor, den Austausch von Passagierdaten auch auf innereuropäische Flüge auszuweiten. Damit reagierte London auf den im Februar bekannt gewordenen Entwurf der Europäischen Kommission zum Transfer der so genannten Passenger Name Records (PNR), der einen Datenaustausch lediglich bei Langstreckenflügen ins außereuropäische Ausland vorsah. [...]

Statewatch zufolge erhielt der Vorschlag in der betreffenden Sitzung des Europäischen Rates Unterstützung von einer „erheblichen“ Zahl der Mitgliedsstaaten.

### SCHLECHTE CHANCEN IM EU-PARLAMENT

Auch der deutsche Europaabgeordnete Alexander Alvaro (ALDE) hat keine Zweifel daran, dass einige Mitgliedstaaten dem britischen Entwurf mit Wohlwollen begegneten, zumal es eine Tendenz gäbe Daten für alle möglichen Zwecke zu sammeln und zu speichern.

Dennoch gibt sich der FDP-Politiker angesichts der Erfolgsaussichten des Papiers gelassen: „Mit Großbritannien muss man sich scheinbar noch einmal über das Prinzip der Verhältnismäßigkeit unterhalten, das ist mit der Speicherung und Verwendung der Daten zur Aufklärung jeglicher Art von Straftaten nämlich kaum zu vereinbaren.“, sagte er FR-online. Der Europäische Rat müsse sich daran erinnern, dass er nicht der „alleinige Gesetzgeber“ sei und spätestens im Europäischen Parlament mit einem solchen Entwurf scheitern würde. [...]

SPIEGEL ONLINE | 7. MAI 2011

## » INNENMINISTER FRIEDRICH IRRITIERT PARTNER FDP

Der Innenminister triumphiert: Den Schlag gegen die Düsseldorfer Islamistenzelle wertet Hans-Peter Friedrich als Beleg für die Effizienz umstrittener Anti-Terror-Maßnahmen. Der forsche Auftritt des CSU-Manns stößt bei FDP und SPD auf Irritationen – dort spricht man von durchsichtigen Manövern. [...]

Friedrich aber betont: „Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass die Hinweise der Nachrichtendienste nicht zufällig zustande kommen, sondern auf der systematischen Auswertung rechtsstaatlicher Fahndungsmöglichkeiten beruhen.“ Das gelte auch für die zur Verlängerung anstehenden Anti-Terror-Gesetze.

### „FRIEDRICH MUSS AUFHÖREN, DIE FDP ZU PROVOZIEREN“

Da ist die Brücke gebaut: vom Erfolg durch Flugpassagierdaten in Düsseldorf zum in der Koalition umstrittenen Anti-Terror-Paket. Friedrich will es verlängern, insbesondere FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger steht auf der Bremse.

Friedrichs forscher Brückenschlag irritiert den Koalitionspartner. „Es wäre gut, wenn Sachverhalte, die miteinander nichts zu tun haben, auch nicht in einen Topf geworfen würden“, sagt Gisela Piltz, die innenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Und Alexander Alvaro, FDP-Abgeordneter im Europaparlament, nennt Friedrichs Aussagen „allzu durchschaubare Manöver“: Es sehe so aus, „als wolle der Innenminister nur bestimmte Anti-Terror-Maßnahmen und die Verlängerung der Sicherheitsgesetze rechtfertigen“. [...]



» Es sieht so aus, als wolle der Innenminister nur bestimmte Anti-Terror-Maßnahmen und die Verlängerung der Sicherheitsgesetze rechtfertigen. «

---

 SPIEGEL ONLINE | 16. MAI 2011

## » SPIEL MIT DEN FAKTEN

Mit fragwürdigen Äußerungen irritiert Innenminister Friedrich Koalitionspartner, Ermittler und Parteifreunde.

Der Minister schien sichtlich stolz, als er über die drei Qaida-Verdächtigen sprach, die kurz nach Ostern in Düsseldorf und Bochum festgenommen worden waren. „Von amerikanischer Seite sind wir unter anderem auf das auffällige und ungewöhnliche Reiseverhalten der Verdächtigen hingewiesen worden“, sagte Hans-Peter Friedrich (CSU) der 'Rheinischen Post'. „Die Auswertung der Flugpassagierdaten ist ein wichtiges Element für diesen Fahndungserfolg gewesen“, die Dienste müssten „die notwendigen Instrumente für die Terrorabwehr haben“. [...]

Bei den Äußerungen des Ministers bleibe „offensichtlich ein Stück Wahrheit auf der Strecke“, kritisiert der FDP-Europaabgeordnete Alexander Alvaro. „Erst waren abgehörte Gespräche für den Ermittlungserfolg entscheidend, jetzt plötzlich die Fluggastdaten, dann vielleicht der überwachte Briefverkehr.“ Und die innenpolitische Sprecherin der FDP im Bundestag, Gisela Piltz, mahnt: „Es wäre gut, wenn Sachverhalte, die nichts miteinander zu tun haben, auch nicht in einen Topf geworfen würden.“ Ein Sprecher Friedrichs verteidigt zwar die Äußerung, spricht inzwischen aber von einem „langen Gesamtprozess“, in dem „sehr viele Informationen“ angefallen seien und der „keinen monokausalen Rückschluss“ erlaube. Zur Erklärung heißt es im Ministerium, Friedrich sei der Fall von der US-Regierung bei seinem Besuch in Washington als Beispiel genannt worden, bei dem Passagierdaten zur Aufklärung beigetragen hätten. [...]

---

 FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND | 16. NOVEMBER 2011

## » EU KNICKT BEIM DATENSCHUTZ FÜR PASSAGIERE EIN

Die EU-Kommission hat ihre Einigung mit den USA auf ein neues Fluggastdatenabkommen mit gravierenden Zugeständnissen beim Datenschutz erkaufte. Dies geht aus dem geheimen Abkommensentwurf hervor, in den die FTD Einblick hatte. Demnach will Innenkommissarin Cecilia Malmström US-Geheimdiensten und -Strafverfolgern weitreichenden Zugriff auf sensible Daten europäischer Flugpassagiere gewähren. [...]

Alexander Alvaro von der FDP bezeichnete den Text als „ungenügend“. [...]

---

 SÜDDEUTSCHE ZEITUNG | 18. NOVEMBER 2011

## » EU STREITET ÜBER DATENABKOMMEN MIT DEN USA

Der Streit um das Abkommen mit den USA über die Weitergabe der Daten von Fluggästen (PNR) im Rahmen des Kampfes gegen Terror und internationales Verbrechen geht in der EU in die nächste Runde. Denn auch die nach dem Scheitern des ersten Vertragsentwurfes im Mai jetzt von der EU-Kommission mit Washington ausgehandelten Veränderungen treffen auf einige Widerstände. Schon nach einer ersten Lektüre hatten mehrere Mitgliedsstaaten die verantwortliche Innenkommissarin Cecilia Malmström vergeblich gebeten, von einer Paraphierung der Verhandlungsergebnisse am Donnerstag vorerst abzusehen. Die Hauptkritik richtet sich dagegen, dass die Daten bis zu 15 Jahren gespeichert werden sollen. [...]

Auch Alexander Alvaro von den Liberalen hält die Vorlage für „nicht zustimmungsfähig“. [...]

## » SCHARFE KRITIK AM GEPLANTEN NEUEN FLUGGASTDATEN-TRANSFER IN DIE USA

Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar und EU-Abgeordnete äußern schwere Bedenken gegen den von der EU-Kommission mit Washington ausgehandelten neuen Vertrag zur Weitergabe von Flugpassagierdaten: „Besonders kritisch sehe ich, dass auch nach dem neuen Abkommensentwurf die US-Behörden die Möglichkeit haben sollen, in bestimmten Situationen auf die in den Reservierungssystemen der Fluggesellschaften gespeicherten Passagierdaten direkt zuzugreifen“, sagte der oberste Datenschützer der Nation der Berliner Zeitung. Die Fahnder hätten damit Zugang zu dem kompletten Datensatz über die einzelnen Passagiere, der auch sensible personenbezogene Informationen enthalte.

Schaar monierte weiter, dass die Passenger Name Records (PNR) „ohne jeden Anfangsverdacht und ohne handfesten Erforderlichkeitsnachweis“ in den USA über Jahre hinweg vorgehalten werden dürften. Zuvor hatte EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström von einer „großen Verbesserung“ beim Schutz der Privatsphäre der EU-Bürger“ gesprochen. Nach sechs Monaten solle der Personenbezug der Daten, die auch Informationen wie Kreditkarten- und Telefonnummern, IP-Adressen oder besondere Speisewünsche umfassen, für Standardabfragen verschleiert werden. Der Zugang zu den vollständigen Informationen bleibe in Sonderfällen aber erhalten. [...]

Ins gleiche Horn stieß der innenpolitische Sprecher der FDP in der Bürgerversammlung, Alexander Alvaro. Das Verhandlungsergebnis sei ungenügend, monierte der Liberale, da der Inhalt des Übereinkommens weitgehend dem alten Text entspreche. Alvaro appellierte an die Kommission, die Gespräche über das Vorhaben neu aufzunehmen, wenn es die Zustimmung der Parlamentarier erhalten solle. Maßstab bei der Speicherdauer, Zugriffsrechten und dem Rechtsanspruch europäischer Bürger müsse das jüngst abgesegnete PNR-Abkommen mit Australien sein. [...]



## » VORRATSDATENSPEICHERUNG

Die Vorratsdatenspeicherung blieb auch in diesem Jahr ein wichtiges Thema der parlamentarischen Arbeit. Durch die **Speicherung von Verbindungsdaten im Festnetz-, Handy- oder Internetverkehr** sollen nach dem Willen der Kommission und der Mitgliedstaaten die Ermittlungen sowie die Strafverfolgung bei schweren Straftaten erleichtert werden.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Umsetzung der Richtlinie in Deutschland für verfassungswidrig erklärt hat, stellte auch der Evaluationsbericht der Kommission vom Anfang dieses Jahres gravierende Mängel bei der Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie und ihrer Umsetzung in nationales Recht fest. Wir sind mit einer offensichtlichen Unübersichtlichkeit der Gesetzeslagen in Europas Mitgliedstaaten konfrontiert und stehen vor einem Wildwuchs an nationaler Willkür.

Für uns Liberale ist das Ergebnis des Evaluationsberichtes ein Beweis dafür, dass die europaweit vorgesehene Einführung und Harmonisierung der Vorratsdatenspeicherung ein blamabler Fehlschlag war. Die Kommission ist darüber hinaus nicht in der Lage, einen statistischen Nachweis für den Nutzen der Richtlinie vorzulegen. Die Vorratsdatenspeicherung hat zu keiner nennenswerten Verbesserung der europäischen Verbrechenauflärungsquoten geführt.

Im Laufe des Jahres gab die Kommission eine Überarbeitung der Richtlinie in Bezug auf den Umfang der erhobenen Datensätze, der Speicherzeit, sowie des maßgeblichen Strafrahmens bekannt. Eine Abschaffung der Richtlinie steht für die Kommission nicht auf der Tagesordnung. Für uns Liberale schon.



SPIEGEL ONLINE | 16. APRIL 2011

## » EU DRÄNGT DEUTSCHLAND ZU DATENSCHUTZ-RÜCKSCHRITT

Karlsruhe hat sie gekippt, Konservative wollen sie wiederhaben: die Speicherung von Daten ohne Anlass. Nun fordert die EU-Kommission nach SPIEGEL-Informationen von Deutschland ein neues Gesetz zur Datenspeicherung – und droht mit einer Strafe, wenn Berlin nicht mitspielt. [...]

Bei ihrer Evaluierung haben die Brüsseler Beamten aber auch in der EU-Richtlinie schwere Mängel entdeckt. So sollen kürzere Speicherfristen sowie eine Reduzierung der Datenarten und zugriffsberechtigten Behörden geprüft werden. Der EU-Abgeordnete Alexander Alvaro (FDP) hält deshalb den Druck aus Brüssel, die Richtlinie trotz des offensichtlichen Änderungsbedarfs umsetzen zu müssen, für falsch. „Die Bundesregierung muss jetzt auf die Revision dieser mangelhaften Richtlinie durch die Kommission warten, wenn sie nicht einen Zustand unhaltbarer Rechtsunsicherheit für alle Beteiligten herbeiführen will.“

TAZ.DE | 17. APRIL 2011

## » WIDERSPRÜCHLICHES AUS BRÜSSEL

Die EU-Kommission drängt Deutschland, ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung vorzulegen – obwohl sie mit den Erfahrungen in den anderen EU-Staaten unzufrieden ist. [...]

Andererseits zeigt der Evaluationsbericht, wie unterschiedlich diejenigen EU-Staaten, die schon die Daten aller ihrer Bürger auf Vorrat speichern, in der Praxis mit ihnen umgehen – weshalb die Kommission ihre Vorgaben nun auch noch mal grundlegend überarbeiten will. Offiziell soll der Bericht erst am Montag vorgestellt werden, der FDP-Europaabgeordnete Alexander Alvaro hat ihn aber schon vorab ins Netz gestellt. Er liest aus dem Bericht einen „Wildwuchs an nationaler Willkür“ heraus.

So darf in manchen EU-Mitgliedsstaaten laut Kommission nicht nur die Polizei auf die Internet- und Telefonverbindungsdaten zugreifen, sondern auch Militär und Geheimdienste. Während in einigen Ländern ein Richter den Zugriff auf die Daten genehmigen muss, reicht in anderen eine schriftliche Anfrage der Sicherheitsbehörden. [...]

GOLEM.DE | 18. APRIL 2011

## » DATENSCHÜTZER FÜR EUROPAAWEITES VERBOT DES VORRATSDATENZWANGS

Datenschützer haben anlässlich der Vorlage des EU-Evaluierungsberichts über die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung einen sofortigen Abbruch des Experiments verlangt. Doch EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström hält die Speicherung für „unverzichtbar“.

Heute stellt die EU-Kommission ihren Evaluierungsbericht über die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung offiziell vor, den der FDP-Abgeordnete Alexander Alvaro bereits am Wochenende auf seiner Website zeigte. Für die Datenschützer vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung und der Bürgerrechtsorganisation European Digital Rights (Edri) ein Anlass, ein europaweites Verbot der Vorratsdatenspeicherung zu fordern, die die „tiefgreifendste und unbeliebteste Überwachungsmaßnahme in der Geschichte der EU“ sei.

„Aus der Evaluation wird ersichtlich, dass die ursprünglich europaweit vorgesehene Harmonisierung und Einführung der Vorratsdatenspeicherung kläglich gescheitert ist“, sagte Alexander Alvaro, innenpolitischer Sprecher der FDP im Europaparlament. Statt einer europaweiten Angleichung der Datenspeicherung seien die Gesetzeslagen in Europas Mitgliedstaaten unübersichtlich, was zu einem „Wildwuchs an nationaler Willkür“ geführt habe. In manchen Ländern greife die Küstenwache auf die Vorratsdaten zu, in anderen reiche für Sicherheitsbeamte ein schriftlicher Beleg, damit sie die privaten Daten der Bürger einsehen dürften. Auch bei den Zugriffszahlen gebe es eklatante Abweichungen. So seien die polnischen Behörden alleine für die Hälfte der jährlich circa zwei Millionen europäischen Zugriffe auf Vorratsdaten verantwortlich.



» Wildwuchs an nationaler Willkür. «

Dass die Vorratsdatenspeicherung zu einer höheren Aufklärungsquote bei der Verbrechensbekämpfung geführt habe, sei durch den Bericht nicht nachweisbar, sagte Alvaro. EU-Innenkommissarin und Überwachungsbefürworterin Cecilia Malmström „muss vielmehr zugeben, dass auch Länder, die die Richtlinie nicht umgesetzt haben, in der Lage waren, durch Verkehrsdaten Verbrechen aufzuklären. Es hat sich gezeigt, dass die Richtlinie zu keiner nennenswerten Verbesserung der europäischen Aufklärungsquoten bei Kriminalfällen geführt hat“, kommentierte Alvaro. [...]

---

FUTUREZONE.AT | 18. APRIL 2011

### » GRAVIERENDE MÄNGEL BEI VORRATSDATENSPEICHERUNG

Die EU-Kommission hat am Montag einen Evaluationsbericht zur umstrittenen Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung vorgelegt und gravierende Mängel bei der Umsetzung in den Mitgliedsstaaten festgestellt. Die Brüsseler Behörde will an der Vorratsdatenspeicherung festhalten. Innenkommissarin Cecilia Malmström kündigte eine Überarbeitung der EU-Richtlinie an. Europäische Bürgerrechtler kritisieren den Bericht scharf. [...]

#### „WILDWUCHS AN NATIONALER WILLKÜR“

Bereits im Vorfeld der Veröffentlichung des Berichts gab es heftige Kritik. „Es hat sich gezeigt, dass die Richtlinie zu keiner nennenswerten Verbesserung der europäischen Aufklärungsquoten bei Kriminalfällen geführt hat“, meint der liberale deutsche EU-Abgeordnete Alexander Alvaro, den den Bericht bereits am Samstag auf seiner Webseite veröffentlichte.

„Die ursprünglich europaweit vorgesehene Harmonisierung und Einführung der Vorratsdatenspeicherung ist kläglich gescheitert“, heißt es in einer Aussendung Alvaros vom Samstag. Er spricht von einem Wildwuchs an nationaler Willkür beim Zugriff auf die Vorratsdaten.

---

FRANKFURTER RUNDSCHAU | 18. APRIL 2011

### » ZUR NOT MIT ZWANG

Ein paar Einschränkungen wären ganz gut, das räumte Cecilia Malmström am Montag in Brüssel sogar ein. Insgesamt aber bleibe die umstrittene Speicherung von Telefon- und Internetdaten „unverzichtbar“, erklärte die EU-Kommissarin ihre Sicht auf einen 42-seitigen Prüfbericht, den sie nun mit einer Verspätung von sieben Monaten vorlegte und den viele in Brüssel wie den Mitgliedsländern ganz anders lesen. [...]

Kritik kommt auch aus dem Parlament. „Aus der Evaluation wird ersichtlich, dass die ursprünglich europaweit vorgesehene Harmonisierung und Einführung der Vorratsdatenspeicherung kläglich gescheitert ist“, sagte der FDP-Europaparlamentarier Alexander Alvaro. Nach fünf Jahren sei die EU mit einer „offensichtlichen Unübersichtlichkeit“ der Gesetzeslagen in den Mitgliedsstaaten konfrontiert. Einen Nachweis für den Nutzen der Richtlinie könne die Kommission nicht erbringen. Stattdessen räume sie ein, dass auch Länder, die die Richtlinie nicht umgesetzt haben, in der Lage waren, durch Verkehrsdaten Verbrechen aufzuklären. [...]

---

DER TAGESSPIEGEL | 18. APRIL 2011

## » ZURÜCK AUF LOS

Die EU-Kommission stellt gravierende Mängel bei der Vorratsdatenspeicherung fest – und will nachbessern. Es gibt große Unterschiede bei der Umsetzung in den EU-Staaten.

Selten zuvor ist der Mehrwert einer europäischen Gesetzgebung so deutlich in Zweifel gezogen worden wie bei der Vorratsdatenspeicherung. So kommt die EU-Kommission in ihrem am Montag vorgestellten Bericht zu dem Schluss, dass die entsprechende Richtlinie aus dem Jahr 2006 nur „begrenzt“ zu einer Harmonisierung der Regeln beigetragen habe. Das Gesetz, unter dem Eindruck der Terroranschläge in Madrid und London verabschiedet, verpflichtet Telekommunikationsunternehmen, Verbindungsdaten im Festnetz-, Handy- oder Internetverkehr zwischen sechs Monaten und zwei Jahren aufzubewahren. Ermittlungen und Strafverfolgung bei „schweren Verbrechen“ sollen somit erleichtert werden. [...]

Trotz der Einsicht, dass die Richtlinie von 2006 überarbeitungsbedürftig ist, droht die EU-Kommission aber weiter mit einem Vertragsverletzungsverfahren, sollte Deutschland diese nun als mangelhaft eingestuften Vorgaben nicht bald umsetzen. Der Widerspruch rührt von ihrer Bedeutung für die Fahnder her. Im Bericht ist von einem „wertvollen Werkzeug“ die Rede. Kommissarin Malmström gab an, nur dank der Richtlinie habe ein internationales Pädophilen-Netzwerk mit insgesamt 670 Verdächtigen gesprengt werden können.

Der FDP-Europaabgeordnete Alexander Alvaro sieht dagegen „die Verhältnismäßigkeit der Richtlinie infrage“ gestellt, weil es zu „keiner nennenswerten Verbesserung der europäischen Aufklärungsquoten bei Kriminalfällen“ gekommen sei. Ähnlich argumentiert der Grüne Jan-Philipp Albrecht: Er fordert die Abschaffung der anlasslosen Eingriffe in die Privatsphäre. Unterstützung für deren Beibehaltung bekam Malmström vom CSU-Europaabgeordneten Manfred Weber: „Es ist klar, dass das Instrument an sich sinnvoll ist und beim Kampf gegen Schwerstkriminalität und Terror genutzt werden muss“, sagte der Vize der konservativen Europäischen Volkspartei.



## » INDECT

Mit Hilfe des EU-Forschungsprogramms INDECT (Intelligentes Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung, Suche und Erfassung für die Sicherheit von Bürgern in städtischer Umgebung) soll ein Instrument geschaffen werden, das alle bestehenden Überwachungstechnologien verbindet und somit die gleichzeitige **Überwachung und Abgleichung von Internetseiten, Videomaterial aus Überwachungskameras und privaten Computern** ermöglicht. Auf fünf Jahre angelegt soll INDECT bis 2013 Ergebnisse für ein einsatzfähiges Überwachungssystem liefern.

Nach Bekanntwerden des INDECT-Projektes 2009 kamen auch erste kritische Fragen, ob bei diesem Projekt eine sinnvolle Abwägung zwischen Sicherheitsinteressen und Freiheitsrechten stattgefunden hat. Die Ethikkommission, die die Forschungsarbeiten begleitet, war nicht bereit, darüber zu informieren. Selbst EU-Abgeordnete bekamen keine Auskünfte.

Mit unseren Forderungen an die Kommission, sämtliche Dokumente zu dem INDECT-Programm offenzulegen, haben wir die Diskussion über eine besondere Berücksichtigung der Grund- und Bürgerrechte in europäischen Forschungsprojekten angestoßen.

Das EU-Parlament hat sich dafür ausgesprochen, dass zunächst festgestellt werden soll, ob und wie sich INDECT auf die Grundrechte auswirkt, bevor weitere Finanzmittel für das Programm bereitgestellt werden.



---

 HEISE ONLINE | 18. JANUAR 2011

## » INDECT, DAS EUROPÄISCHE TOTALÜBERWACHUNGS-PROGRAMM, NOCH NICHT VOM „RADAR DER ÖFFENTLICHKEIT“ ERFASST

Der innenpolitische Sprecher der FDP im Europaparlament Alexander Alvaro sagte dem Deutschlandradio, dass INDECT vom „Radar der Öffentlichkeit“ bisher nicht erfasst worden sei. Auch Kritiker seien erst durch Bürgeranfragen darauf aufmerksam gemacht worden. Die Diskussion darüber, welche Daten hier eingegeben werden dürfen und wer verfolgt werden kann, sei noch gar nicht diskutiert worden.

Nachdem seit Ende 2009 das Projekt bekannt wurde und kritische Anfragen kamen, hat man sich mehr und mehr zurückgezogen (Wer nichts getan hat, muss auch nichts befürchten). Das kritisiert auch Alvaro, der rügt, dass die das Projekt begleitende Ethikkommission „leider dicht gemacht“ habe, nachdem sich kritische Fragen gehäuft haben. Auch EU-Abgeordnete hätten keine Auskunft von der Kommission mehr bekommen, zudem sei die Erreichbarkeit über das Internet eingeschränkt worden. Man könne sich da schon fragen, welchen Sinn eine Ethik-Kommission dann noch hat.

Von der EU-Kommission wollte Alvaro in einer schriftlichen Anfrage wissen, „welche Definition dem Begriff 'abnormales Verhalten' zugrunde liegt?“ Es obliege, so die Antwort, „den sich bewerbenden Konsortien, eine solche Definition vorzulegen, wenn sie einen Vorschlag einreichen. Der Ethik-Ausschuss habe befunden, dass alle „rechtlichen Vorschriften und Auflagen“ eingehalten würden, die Stellungnahmen der Experten würden jedoch nicht veröffentlicht.

---

 20MIN.CH | 19. JANUAR 2011

## » BIG BROTHER IM QUADRAT

Ein deutscher Europa-Politiker warnt vor einem „Forschungsprojekt“, das die Totalüberwachung der Bürger bringe. Der Praxistest soll an der Fussball-EM 2012 erfolgen.

„Für die Sicherheit der Bürger“ – prangt auf der Website des INDECT-Projekts. Man wolle Kriminalität bekämpfen – im Internet und auf den Strassen. INDECT – die Abkürzung steht für 'Intelligent Information System supporting Observation, Searching and Detection for Security of Citizens in Urban Environment'. Kurz zusammengefasst: Dank INDECT kann die Polizei in Zukunft alles sehen und alles mitverfolgen, was die private und öffentlichen Sicherheit bedroht oder in ein Verbrechen mündet.

Kritiker wie der deutsche Journalist Florian Rötzer, der seit Jahren über das INDECT-Projekt berichtet, sprechen von einem totalen Überwachungsprogramm. Dem pflichtet der deutsche Europa-Parlamentarier Alexander Alvaro bei. In einem Radiointerview wunderte er sich kürzlich, warum das Projekt noch immer nicht vom „Radar der Öffentlichkeit“ erfasst wurde.

### BUDGET: 15 MILLIONEN EURO

Das Projekt sieht vor, dass eine Ethikkommission die Forscher begleitet und sich mit den grundlegenden Fragen rund um die Grundrechte befasst. Als sich jedoch die kritischen Fragen zum Projekt häuften, habe die Kommission „gemauert“, sagt Alvaro. Dies könne er nicht akzeptieren, schliesslich werde das Projekt mit Steuergeldern finanziert. Als nächstes wolle er sich nun bei den beteiligten Forschungsinstituten persönlich informieren. So werde er etwa bei der Bergischen Universität Wuppertal vorstellen, um sich ein genaues Bild zu machen.



» Andere Mittel und Wege finden, um die Kommission zur Auskunft zu bewegen. «

DER TAGESSPIEGEL | 8. FEBRUAR 2011

## » ANGST VOR DER MEGA-SUCHMASCHINE

INDECT widmet sich auch zahlreichen weiteren Technologien, die zur Verbrechensbekämpfung eingesetzt werden können – Kameras in Drohnen, Informationssysteme zur Verknüpfung von Datensätzen wie Namen, Adressen und biometrischen Daten oder sogenannte Net-Crawler, die das Internet automatisch nach kriminellen Inhalten wie Kinderpornografie durchforsten. [...]

Eine Gruppe von EU-Abgeordneten um den innenpolitischen Sprecher der FDP im Europaparlament, Alexander Alvaro, befürchtet, dass die INDECT-Tüftler an einer Art Mega-Suchmaschine arbeiten, die die Freiheitsrechte der EU-Bürger gefährdet. „Ich frage mich, ob bei INDECT eine sinnvolle Abwägung zwischen Sicherheitsinteressen und dem Freiheitsanspruch stattgefunden hat“, sagt Alvaro.

Alvaro und vier weitere Europaabgeordnete wollen die EU-Kommission mit einer schriftlichen Erklärung dazu zwingen, sämtliche Dokumente zu den Forschungen offenzulegen. Damit dies passiert, muss die Erklärung allerdings von der Hälfte der 736 EU-Abgeordneten unterschrieben werden. Unter der Erklärung stehen bislang aber nur die Namen von 148 Abgeordneten. Wenn sich bis Mitte des Monats nicht genügend Parlamentarier zur Unterstützung bereitfinden, „dann müssten wir andere Mittel und Wege finden, um die Kommission zur Auskunft zu bewegen“, sagt Alvaro.

GOLEM.DE | 21. NOVEMBER 2011

## » DROHNEN-GESICHTSERKENNUNG IN EU KÖNNTE BEREITS ANLAUFEN

Nach langer Verzögerung hat die EU-Kommission Dokumente zu INDECT herausgegeben. Doch viele Fragen blieben offen, besonders dazu, ob und wo Feldtests der Gesichtserkennung bereits laufen und wie weit das BKA involviert war.

Nach einjähriger Verzögerung hat die EU-Kommission Dokumente zum Überwachungsprojekt INDECT herausgegeben. Das hat Alexander Alvaro, FDP-Innenexperte im EU-Parlament, erklärt. Dafür war es nötig, Antonio Tajani, dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, eine Vorladung anzudrohen, sagte Alvaro. Doch zahlreiche Dokumente würden weiter als Geheimsache behandelt.

Intelligent Information System Supporting Observation, Searching and Detection for Security of Citizens in Urban Environment – kurz INDECT – ist eine Gesichts- und Verhaltensmustererkennung. Dafür sollen Drohnen und Überwachungskameras zum Einsatz kommen, die auf Bilder in polizeilichen Datenbanken, in sozialen Netzwerken und Suchmaschinen zugreifen, um das Gesicht zu identifizieren. Das INDECT-Projekt wurde 2009 von der EU in Auftrag gegeben und mit 11 bis 15 Millionen Euro ausgestattet.

### INDECT: ROLLE DES BKA UNKLAR

Alvaro: „Da die EU-Kommission das Projekt als nicht unmittelbar sicherheitskritisch einordnet, wird sowohl die EU-Kommission als auch das INDECT-Konsortium erklären müssen, warum immer noch zahlreiche Dokumente der Öffentlichkeit vorenthalten werden.“

Geführt wird das Projekt von der AGH University of Science and Technology in Krakau. Deutsche Unternehmen, Universitäten und Behörden sind an der Entwicklung von INDECT beteiligt. Das Bundeskriminalamt stellte seine Software 'Fotofahndung' der Projektleitung vor, will aber sonst nicht zu dem Projekt gehören.

Dazu Alvaro: „Aus der Ursprungsbewertung des Projekts durch die EU-Kommission aus dem Jahre 2007 wird ersichtlich, dass das Bundeskriminalamt nicht nur als Mitglied des Projektkonsortiums geführt wurde, sondern auch eine finanzielle Beteiligung am Projekt zunächst zugesagt hatte, bevor es offenbar beschlossen hat, doch nicht am Projekt teilzunehmen.“

INDECT soll bereits zur Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine und zur Olympiade 2012 in London eingesetzt werden.

Ein Sprecher von Alvaro sagte Golem.de: „Aus den uns vorliegenden Dokumenten geht nicht eindeutig hervor, ob Tests bereits durchgeführt werden. Die Vorkehrungen werden kritisiert, es steht für uns jedoch nicht fest, ob sich die Kritik der EU-Kommission auf bereits erfolgte Tests oder zukünftige Tests bezieht.“ Aus den Unterlagen geht hervor, dass die EU-Kommission Feldtests im öffentlichen Raum als genehmigungspflichtig einstuft.

In der aktuellen Bewertung gebe die EU-Kommission zu, dass die aktuellen Datenschutzbestimmungen des Projekts besorgniserregend seien. Auch die Vorkehrungen, die für die Einwilligung von Bürgern zur Teilnahme an Überwachungstests notwendig sind, erscheinen nicht als ausreichend. „Alles in allem wird das Projekt zu meinem Erstaunen trotzdem als ethisch akzeptabel bewertet“, sagte Alvaro.

---

EURACTIV.DE | 22. NOVEMBER 2011

## » „INDECT WIRFT IMMER WEITERE FRAGEN AUF“

Mit einer Verzögerung von über einem Jahr hat die EU-Kommission Dokumente zum EU-Forschungsprojekt INDECT herausgegeben. Demnach sind die aktuellen Datenschutzbestimmungen des Projekts „besorgniserregend“. Der EU-Abgeordnete Alexander Alvaro erklärt: „Alles in allem wird das Projekt zu meinem Erstaunen trotzdem als ethisch akzeptabel bewertet.“

Nach „über einjährigem Tauziehen“ und einer angedrohten Vorladung von Industriekommissar Antonio Tajani hat die Kommission dem EU-Parlament die geforderten Dokumente zum Forschungsprojekt INDECT zur Verfügung gestellt. Dies erklärte Alexander Alvaro, Präsidiumsmitglied und innenpolitischer Sprecher der FDP im EU-Parlament, am Montag.

Das EU-Parlament hatte im Juni mit großer Mehrheit einen Zwischenbericht des Siebten Forschungsrahmenprogramms der EU angenommen (EurActiv.de vom 8. Juni 2011). Darin forderten die Parlamentarier von der Kommission mehr Transparenz bei INDECT. Ziel des Projekts ist die Entwicklung eines automatisierten Systems, das in der Lage ist, permanent Überwachungskameras, Websites und persönliche Computer zu durchsuchen, um kriminelles Verhalten aufzudecken. INDECT soll schon zur Fußball-EM 2012 in Polen und der Ukraine und zur Olympiade 2012 in London eingesetzt werden.

Ein Sprecher Alvaros erklärte gegenüber dem IT-Portal Golem.de: „Aus den uns vorliegenden Dokumenten geht nicht eindeutig hervor, ob Tests bereits durchgeführt werden. Die Vorkehrungen werden kritisiert, es steht für uns jedoch nicht fest, ob sich die Kritik der EU-Kommission auf bereits erfolgte Tests oder zukünftige Tests bezieht.“

### KRITIK AM ETHIKRAT

„In ihrer aktuellen Bewertung gibt die Kommission zu, dass die aktuellen Datenschutzbestimmungen des Projekts besorgniserregend sind“, so Alvaro. Auch die Vorkehrungen, die für die Einwilligung von Bürgern zur Teilnahme an Überwachungstests notwendig sind, erschienen demnach nicht als ausreichend. Die Zusammensetzung des von INDECT eingesetzten Ethikrates, der für die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen zuständig ist, wird überdies als einseitig kritisiert.

Dennoch bewertet die Behörde das Projekt als ethisch akzeptabel – „zu meinem Erstaunen“, so Alvaro. Das Projekt werde zudem als „nicht unmittelbar sicherheitskritisch“ eingeordnet. Daher werde sowohl die Kommission, als auch das INDECT Konsortium erklären müssen, warum immer noch zahlreiche Dokumente der Öffentlichkeit vorenthalten werden, fordert der FDP-Politiker. „Die neuen Erkenntnisse werfen immer weitere Fragen auf.“

Hierzu gehört Alvaro zufolge auch die Frage nach der Beteiligung des Bundeskriminalamts: „Aus der Ursprungsbewertung des Projekts durch die Kommission aus dem Jahre 2007 wird ersichtlich, dass das Bundeskriminalamt nicht nur als Mitglied des Projektkonsortiums geführt wurde, sondern auch eine finanzielle Beteiligung am Projekt zunächst zugesagt hatte.“ Dann beschloss es offenbar, doch nicht am Projekt teilzunehmen. „Was waren die genauen Erwägungen, die das BKA bewogen hat, aus dem Projekt auszusteigen?“ fragt Alvaro. [...]

---

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG | 1. DEZEMBER 2011

## » DIE ÜBERWACHUNGSMASCHINE

Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit fördert die EU ein umfassendes Kontrollsystem – es soll selbständig 'abnormales Verhalten' von Menschen erkennen. [...] Man kann sich INDECT vorstellen wie einen allwissenden, künstlichen Polizisten.

Seine Augen, das sind Überwachungskameras und fliegende Drohnen, die die deutsche Firma Innotec Data derzeit eigens entwickelt. Sie können etwa Autos durch die Stadt verfolgen. Die Ohren sind zugehörige Mikrofone, die auf Schreie oder Explosionen horchen. Den Instinkt des Polizisten simuliert INDECT, indem es gefährliche Situationen und merkwürdiges Verhalten automatisch erkennt. Der wichtigste Bestandteil des künstlichen Polizisten ist jedoch sein Gehirn. Wie ein menschlicher Kollege kann er sich Gesichter einprägen – etwa von Vorbestraften – und wiedererkennen. Testweise soll hierzu eine biometrische Datenbank aufgebaut werden. [...]

Wo INDECT hinführen soll, fragen sich mittlerweile auch einige EU-Parlamentarier. „Das ist nicht nur ein massiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte, der Einsatz von INDECT würde unsere Gesellschaft von den Füßen auf den Kopf stellen“, sagt der Europaabgeordnete Alexander Alvaro von der FDP. Die Tragweite einer Rundumüberwachung sei von keinem Verantwortlichen ausreichend berücksichtigt worden, meint der FDP-Innenexperte. Zudem arbeite INDECT in völliger Intransparenz. Zwar stellt das Konsortium online zahlreiche Dokumente über die Einzelkomponenten, wie etwa die Drohnen oder die Gesichtserkennung, zur Verfügung. Doch in welcher Phase sich INDECT befindet, ob und wie das System bereits getestet wird und wie die Einzelteile genau zusammenarbeiten, ist nicht ersichtlich. Es gibt weder eine offizielle Telefonnummer noch einen Pressesprecher. [...]

Erst nach einem mehr als ein Jahr dauernden Tauziehen bekamen die Parlamentarier vor wenigen Tagen eine Antwort, in der die Kommission die Datenschutzrichtlinien selbst als besorgniserregend einstufte. „Das EU-Parlament ist über derartige Projekte weder ausreichend unterrichtet, noch kann es sie wirksam kontrollieren“, sagt Alvaro. Das müsse sich dringend ändern. [...]



## » INTERNETSPERREN

Das sehr sensible Thema über die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und dessen Darstellung im Internet zog in diesem Jahr mit besonderer Intensität die Aufmerksamkeit auf sich. Auch in der europäischen Diskussion wurde eine hitzige Debatte über den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur **Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch sowie Kinderpornographie** geführt.

Den ursprünglichen Plan der EU-Kommission, über die Richtlinie den Weg für Internetsperren frei zu machen und die Mitgliedstaaten zur Ergreifung von Sperrmaßnahmen zu zwingen, haben wir Liberale nicht unterstützt. Wir alle sind uns einig, dass Kindesmissbrauch eines der schrecklichsten Verbrechen ist und konsequent bekämpft werden muss. Placebolösungen wie Internetsperren würden diese Verbrechen jedoch nicht an der Wurzel bekämpfen sondern lediglich deren Existenz verschleiern. Aufgrund dessen forderte die FDP im Europäischen Parlament auch vehement den Verzicht auf Internetsperren und die Löschung derartiger Seiten im Internet.

Nach über einem Jahr zähen Ringens konnten wir Liberale eine Mehrheit der Abgeordneten von der Sinnlosigkeit europaweit verpflichtender Netzsperrungen überzeugen. Das Parlament hat im Oktober 2011 daher auch mit großer Mehrheit einem Kompromiss zur besseren Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern zugestimmt. Demzufolge sind die Mitgliedstaaten nun verpflichtet, Internetseiten mit Darstellungen des sexuellen Missbrauchs von Kindern zu löschen. Darüber hinausgehende Maßnahmen liegen in der Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedstaates.



---

HEISE ONLINE | 5. JANUAR 2011

### » EU-KOMMISSION: WEBSPERREN NICHT GLEICH WEBSPERREN

Eine Anfrage von EU-Parlamentariern ihrer eigenen Fraktion der Liberalen hat EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström in die Bredouille gebracht. Sie musste versuchen zu erklären, warum sie das Sperren illegaler Inhalte im Web etwa in der Türkei oder im Kampf gegen Terrorpropaganda unter Hinweis auf prinzipielle Gründe ablehnt, bei Kinderpornographie aber befürwortet. Die Abgeordneten Sophia in't Veld, Alexander Alvaro und Marietje Schaake wollten von der Ressortchefin vor allem wissen, wieso die Kommission auf Basis einer „fundierten juristischen Analyse“ Web-Blockaden unter Berufung auf die Europäische Menschenrechtskonvention „wahrscheinlich als rechtswidrig“ eingestuft habe. In dieser Einschätzung habe es geheißen, dass es schwierig sei, die Notwendigkeit einer entsprechenden Maßnahme nachzuweisen. Nutzer würden schließlich selten auf illegale Inhalte stoßen. Zudem bestünden so viele Umgehungsmöglichkeiten, dass der Ansatz nicht zweckmäßig und so unzulässig sei.

---

EURACTIV.DE | 15. FEBRUAR 2011

### » INTERNETSPERREN NICHT EU-WEIT VERPFLICHTEND

Der Innenausschuss des EU-Parlaments hat die Einführung von verpflichtenden Internetsperren auf EU-Ebene abgelehnt. Die Mitgliedsstaaten sollen die Entfernung von Kinderpornographie im Netz gesetzlich vorschreiben – weitergehende Maßnahmen liegen in ihrer Verantwortung. [...]

Alexander Alvaro, ebenfalls Mitglied im Innenausschuss, sagte: „Statt vorgeschriebener Sperren fordert das EU-Parlament die Mitgliedsstaaten auf, die Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Staaten auszubauen, um eine Löschung auch in diesen Staaten zu beschleunigen. Zusätzlich wurde festgelegt, dass Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene Internetseiten nur freiwillig sperren können, wenn deren Löschung sich grundsätzlich als unmöglich erwiesen hat. Kinderpornografie ist ein schreckliches Verbrechen, das zielstrebig bekämpft werden muss und nicht durch Placebolösungen wie Internetsperren verheimlicht werden kann. In den nun folgenden Verhandlungen mit Rat und Kommission muss darauf geachtet werden, dass die erzielten Einigungen nicht wieder verwässert werden.“ [...]

---

FRANKFURTER RUNDSCHAU | 16. FEBRUAR 2011

### » KINDERPORNOGRAPHIE LÖSCHEN, NICHT SPERREN

In der Diskussion über den Umgang mit Kinderpornographie im Internet will das Europäische Parlament das Sperren von Websites nicht verbindlich in Europa vorschreiben. Auf eine entsprechende Verhandlungsposition mit den Mitgliedstaaten

verständigte sich jetzt der Innenausschuss mit großer Mehrheit. Die Abgeordneten wollen erreichen, dass in einem neuen EU-Gesetz festgeschrieben wird, dass kinderpornographische Darstellungen grundsätzlich „an der Quelle“ gelöscht werden müssen. [...]

Alexander Alvaro sagte, beim Sperren wolle das Parlament ein Verfahren der Autorisierung vorgeschaltet sehen; außerdem sollen rechtliche Einspruchsmöglichkeiten für Anbieter und Nutzer vorgeschrieben werden.

Keine Mehrheit fand sich für die Einführung eines Richtervorbehalts, den Liberale und Grüne wollten. Die Christlichen Demokraten waren dagegen. [...]

HEISE ONLINE | 13. JULI 2011

## » GRÜNES LICHT IM EU-PARLAMENT FÜR KOMPROMISS ZU WEBSPERREN

Der Innenausschuss des Europäischen Parlaments hat am Dienstagabend mit 50 Stimmen bei drei Enthaltungen einem Kompromiss zur Richtlinie zur besseren Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern zugestimmt. Auf ihn hatten sich Verhandlungsführer des EU-Rates, der EU-Kommission und des Parlaments Ende Juni geeinigt.

EU-Mitgliedsstaaten sollen Webseiten mit kinderpornographischen Inhalten löschen. Sie dürfen aber auch Blockaden anordnen, wenn Bemühungen nicht erfolgreich waren, Seiten zu entfernen, und zwar gerichtlich überprüfbar in einem „transparenten Verfahren“ mit „ausreichenden Schutzbestimmungen“. [...]

Alexander Alvaro, Innenexperte der FDP im EU-Parlament, sagte, dass „verpflichtende Netzsperrern endgültig vom Tisch sind“. „Nur durch Löschen der Inhalte kann wahrer Opferschutz gewährleistet werden“, ergänzte der liberale Bundestagsabgeordnete Jimmy Schulz. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström, die noch Anfang des Jahres vehement für Websperren eingetreten war, hatte den Kompromiss bereits als „ausbalancierte Lösung“ begrüßt. Der Text muss im September noch vom gesamten Parlament beschlossen und anschließend vom Ministerrat formell angenommen werden.



» Verpflichtende Netzsperrern sind endgültig vom Tisch. «



## » NETZPOLITIK

Jeder Mensch hat das Recht, seine persönlichen Daten zu schützen und zu entscheiden, für wen, was, wann verfügbar sein soll. Die rasante Entwicklung des Internets, des Mobiltelefons und der elektronischen Zahlungsmöglichkeiten eröffnen immer neuere Wege für die Datenerfassung und -speicherung.

Im Zeitalter des Internets als ein offener Kommunikationsraum mit fast unbegrenzten virtuellen Möglichkeiten rückt auch die Frage nach dem **Schutz unserer kritischen IT-Infrastruktur** immer mehr in den Mittelpunkt der europäischen Sicherheitsdebatte.

Der beispiellose digitale Einbruch in das European Unions Emissions Trading System (EU ETS) Anfang des Jahres zeigte für alle sichtbar, wie ungesichert und verwundbar die europäische IT-Infrastruktur ist. Der entstandene Schaden in Millionenhöhe muss als Weckruf verstanden werden, die Cybersicherheit der EU von Grund auf zu überdenken. Es muss sichergestellt werden, dass Europa auf die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet ist.



AFP | 21. JANUAR 2011

## » ZERTIFIKATEDIEBSTAHL ZEIGT LÜCKEN BEI EU-INTERNETSICHERHEIT AUF

Der europaweite Emissionshandel ist eins der Vorzeigeprojekte der Europäischen Union, das auch die beiden großen Klimasünder USA und China zum Nachahmen bewegen soll. Doch nun stellt ein millionenschwerer Internetdiebstahl von Zertifikaten für Verschmutzungsrechte das System in dieser Form in Frage: Denn offenbar macht das Europa der 27 Mitgliedsstaaten es Kriminellen leicht und bietet gleich 27 potenzielle Einfallstüren. Hier wird klar, dass die Europäische Union gegen Attacken Cyberkrimineller nur unzureichend gewappnet ist.

„Der beispiellose digitale Einbruch in das europäische CO<sub>2</sub>-Emissionshandelssystem legt die Verwundbarkeit europäischer IT-Infrastruktur klar offen“, sagt der innenpolitische Sprecher der FDP im Europaparlament, Alexander Alvaro. „Der entstandene Schaden in Millionenhöhe muss endlich als Weckruf verstanden werden, die Cybersicherheits-Architektur der EU komplett zu überdenken.“

Der Vorfall wiegt schwer. Internetgangster haben der EU-Kommission zufolge in einer 'konzertierten Aktion' in Österreich, Griechenland, Tschechien, Polen und Estland zwei Millionen Verschmutzungszertifikate gestohlen und umgehend weiterverkauft. Ein Zertifikat hat einen Wert von mehr als 14 Euro, Schaden: 28 Millionen Euro. Schon am Mittwoch wurde der europaweite Zertifikatehandel deshalb ausgesetzt. Für eine Woche soll das System stillstehen.

EURACTIV.DE | 17. NOVEMBER 2011

## » EU-PARLAMENT FORDERT NETZNEUTRALITÄT

Das EU-Parlament hat sich in einer am Donnerstag angenommenen Entschließung für die Förderung eines neutralen und offenen Internets ausgesprochen. Zudem fordern die Abgeordneten die EU-Kommission auf, die Verwaltungsmethoden der Internetnutzung zu überwachen, um beispielsweise zu garantieren, dass die Internetverbindung der User nicht abbricht, wenn Netzwerke überlastet sind.

In der Resolution wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, den EU-Rechtsrahmen für Telekommunikation konsequent umzusetzen und Methoden der Internetverwaltung genau zu überwachen. So soll der offene und neutrale Charakter des Internets gewahrt werden. [...]

„Das Internet stützt sich auf zwei Säulen: Offenheit und Transparenz. Dies muss auch mit Blick auf den Netz- und Dienstzugang gelten. Ich begrüße daher diesen Antrag des Parlaments, der den diskriminierungsfreien Charakter des Netzes stärkt. Hierdurch wird die Innovationskraft des Netzes erhalten und insbesondere dadurch gefördert, dass die Mitgliedsstaaten dazu angehalten werden, ihrerseits Netzneutralität durchzusetzen“, so Alexander Alvaro, innenpolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament.

„Dies soll mit einem intelligenten und transparenten Netzwerkmanagement kombiniert werden, um den jeweiligen Ansprüchen der Endnutzer gerecht zu werden und sicherzustellen, dass sie auch das erhalten, wofür sie bezahlen. Grundsätzlich gilt: wysiswyg – what you see is what you get“, so Alvaro weiter.

C'T MAGAZIN | 17. NOVEMBER 2011

## » EU-PARLAMENT MACHT SICH FÜR DIE NETZNEUTRALITÄT STARK

Das EU-Parlament hat am Donnerstag mit großer Mehrheit eine Entschließung zur Netzneutralität angenommen. Die Abgeordneten fordern die EU-Kommission auf, sich stärker für ein offenes Internet einzusetzen. Die Kommission soll innerhalb eines halben Jahres nach Vorlage des von ihr in Auftrag gegebenen Untersuchungsberichts der europäischen Regulierungsbehörden prüfen, ob ein gesonderter europäischer Rechtsrahmen für den freien Informationsfluss im Netz nötig ist. [...] Alexander Alvaro, Innenexperte der FDP im EU-Parlament, begrüßte den Antrag. Damit werde die Innovationskraft des Netzes erhalten. [...]



» Das Internet stützt sich auf zwei Säulen: Offenheit und Transparenz. Dies muss auch mit Blick auf den Netz- und Dienstzugang gelten. «



## » NACKTSCANNER

Das Thema über den Einsatz von Nacktscannern auf europäischen Flughäfen nimmt weiterhin einen wichtigen Platz in den Debatten des Parlaments ein.

Ende September hat das EU-Parlament mit den Stimmern von Konservativen und Sozialdemokraten die **Einführung von Nacktscannern an europäischen Flughäfen** genehmigt.

Wir Liberale sehen in der Ausweitung des Einsatzes von Nacktscannern eine Verletzung der Menschenwürde europäischer Bürger und deren Recht auf Schutz der Privatsphäre und haben getreu unseres liberalen Verständnisses dagegen gestimmt.



HEISE ONLINE | 1. SEPTEMBER 2011

## » EU-PARLAMENTS-AUSSCHUSS LÄSST NACKTSCANNER ZU

Das EU-Parlament vollzieht eine überraschende Kehrtwende in seiner Haltung zu Nacktscannern: Der Verkehrsausschuss hat nach einer Intervention der EU-Kommission mit den Stimmen der konservativen und sozialdemokratischen Fraktion das ursprünglich befürwortete Verbot der Anzeige realer Abbildungen auf den Durchleuchtungsgeräten wieder aufgehoben. Im Mai hatte das Gremium die Latte für den Einsatz von Körperscannern an Flughäfen noch höher gelegt: Die Grundrechte der Passagiere müssten gewahrt und der Datenschutz berücksichtigt werden, befanden die Ausschussmitglieder damals in einem auch vom Plenum bestätigten Beschluss. Sie bestanden darauf, dass niemand die Original-Aufnahmen der Scans zu sehen bekommen dürfe. Verwendet werden sollten nur starke Verfremdungen etwa in Form von Strichmännchen oder anderen Piktogrammen.

Die EU-Kommission kam im Rahmen des sogenannten Komitologieverfahrens und ihrer eigenen Prüfung der Zulassung von Körperscannern zur Absicherung des Flugverkehrs aber zu dem Schluss, dass die Anforderungen zu weit führten. Die Brüsseler Regierungseinrichtung sprach sich vielmehr für die Erlaubnis von Nacktscannern aus, bei denen nicht verfremdete Bilder vom Kontrollpersonal begutachtet werden. Sie begründete die Entscheidung laut einer Mitteilung des FDP-Innenexperten Alexander Alvaro damit, dass bisher nur ein Scanner-Hersteller mit Piktogrammen arbeite und eine daraus resultierende Monopolstellung nicht gewünscht sei.

Alvaro wirft den Konservativen und den Sozialdemokraten nun vor, „die Würde europäischer Bürger und deren Recht auf Schutz der Privatsphäre zu verletzen“. Eine von den Liberalen beantragte Überprüfung der Kommissionsentscheidung sei von der Ausschussmehrheit abgelehnt worden. Gesine Meißner, Obfrau der liberalen Fraktion für Verkehr im EU-Parlament, appellierte an die Industrie, „schnell zu reagieren“ und nicht die bisherigen Vorschriften auf Kosten der Menschenwürde zu lockern. [...]

FUTUREZONE.AT | 13. SEPTEMBER 2011

## » NACKTSCANNER: „REINES LOBBY-GESETZ“

Der Einsatz von Körperscannern, die reale Abbildungen von Menschen zeigen, werden künftig in Europa erlaubt sein. Dies war im ursprünglichen Entwurf des Europa-Parlaments nicht vorgesehen. Während die SPÖ bei der Abstimmung „keine Alternative“ gesehen hat, sprechen Beobachter von einem „reinen Lobby-Gesetz“.

Der Verkehrsausschuss im Europäischen Parlament hat kürzlich die Einführung von Körperscannern an europäischen Flughäfen gebilligt, die eine direkte Abbildung der kontrollierten Passagiere erlauben und nicht nur Piktogramme darstellen. Die EU-Kommission begründete diese Ausweitung damit, dass es sonst mit L3 Communications nur einen Anbieter am Markt gebe und es dadurch zu einer „enormen Wettbewerbsverzerrung“ kommen würde, die es zu verhindern gelte.

Diese Argumentation erzürnte nicht nur einige Parlamentarier wie den deutschen innenpolitischen Sprecher Alexander Alvaro (FDP) oder die österreichische grüne Europa-Abgeordnete Eva Lichtenberger, sondern auch Alexander Sander, Gründer der Initiative NoPNR. „Es ist traurig, dass ein Beschluss geändert werden muss, nur weil die technische Entwicklung noch nicht soweit ist. Aber selbst wenn es zwei oder drei Firmen gebe, glaube ich kaum, dass plötzlich ein großer Wettbewerb entsteht“, so Sander zur futurezone.

Es dürften daher andere Gründe hinter dieser Entscheidung stecken. So mutmaßt Sander etwa, dass andere Hersteller-Firmen von Körperscannern, die nicht auf Piktogramme setzen, „noch versucht haben, zugelassen zu werden“. Schließlich ist das Geschäft mit den Körperscannern ein Milliardenmarkt. Die reinen Anschaffungskosten für ein entsprechendes Gerät betragen in etwa 120.000 Euro. Für Sander ist es „ein reines Lobby-Gesetz.“

Laut dem SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried, dessen Fraktion zusammen mit den Christdemokraten im Verkehrsausschuss für das Gesetz gestimmt hat, wird die Zahl der Wettbewerber mit dieser Aufweichung auf sechs bis sieben Anbieter erhöht. Es sei allerdings schwer einzuschätzen, wie groß die Nachfrage nach den Geräten sein werde. Das EU-Gesetz schreibe den Einsatz von Körperscannern ja nicht vor, sondern lege nur Regeln für deren Einsatz fest. [...]

---

GULLI.COM | 13. MÄRZ 2011

## » EU: EINSATZ VON REALKÖRPERSCANNERN AUF LOBBYDRUCK?

Gerade hat der Langzeittest am Flughafen in Hamburg gezeigt, dass Körperscanner mit einer unzulässig hohen Fehlerquote arbeiten, da kommt aus Brüssel der nächste Vorstoß. Aus Wettbewerbsgründen sollen nun auch Scanner mit Realabbildungen erlaubt sein. Mancher vermutet jedoch eher Lobbyarbeit hinter der Erlaubnis.

Bis vor kurzem waren innerhalb der Europäischen Union nur solche Körperscanner erlaubt, welche die abgebildete Person ausschließlich als Piktogramm darstellen. Die Kommission hat nun vor kurzem mit Billigung des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments eine Ausdehnung der Freigabe durchgesetzt. Nun dürften auch Körperscanner mit realen Abbildungen eingesetzt werden, und zwar um den Wettbewerb in diesem Bereich zu stärken. Bisher gibt es nämlich mit L3 Communications nur ein Unternehmen, das Piktogrammsscanner anbietet, was zu einer „enormen Wettbewerbsverzerrung“ führen würde.

Diese Begründung sorgte jedoch für Kritik, und zwar nicht nur aus dem Parlament, sondern auch von außerhalb. „Es ist traurig, dass ein Beschluss geändert werden muss, nur weil die technische Entwicklung noch nicht so weit ist. Aber selbst wenn es zwei oder drei Firmen gebe, glaube ich kaum, dass plötzlich ein großer Wettbewerb entsteht“, so der Gründer der Initiative NoPNR, Alexander Sander. Er sieht die Maßnahme als „reines Lobby-Gesetz“ an, das entstanden ist, weil andere Firmen, die Scanner herstellen, „noch versucht haben, zugelassen zu werden“.

Jörg Leichtfried, EU-Delegationsleiter der SPÖ, vermutet, dass durch die Ausweitung die Zahl der Bewerber auf sechs bis sieben erhöht wird. Die tatsächliche Nachfrage lasse sich aber kaum einschätzen, da es nur eine Erlaubnis, aber keine Vorschrift zum Einsatz der Scanner gebe. Leichtfrieds Fraktion hatte zusammen mit den Christdemokraten im Verkehrsausschuss dem Vorschlag der Kommission zugestimmt. Er sieht auch in der Erweiterung, im Gegensatz zu Sander, dem deutschen innenpolitischen Sprecher der FDP Alexander Alvaro oder der grünen Europaabgeordneten aus Österreich Eva Lichtenberger, keine Verletzung von Grundrechten. „Man sieht Menschen nach wie vor nur verwaschen, erkennt keine Proportionen. Nicht einmal das Geschlecht wird erkannt“, so Leichtfried. Auch wenn er nicht vollauf zufrieden mit der Änderung ist, sehe er den Schutz der Gesundheit und das Verbot der Speicherung solcher Daten als wichtiger an. „Die EU-Kommission hat sich im Wesentlichen an unseren Initiativ-Bericht gehalten. Da es sich um kein Co-Gesetzgebungsverfahren handelt, hatten wir entweder die Möglichkeit ja oder nein zu sagen. Dagegen zu stimmen, wäre unverantwortlich gewesen.“



## » GRUNDRECHTE

Vereint in einer Union haben sich die Völker in Europa entschieden, auf der Grundlage gemeinsamer Werte wie **Menschenwürde, Freiheit und Solidarität**, eine friedliche Zukunft zu erschaffen und zu teilen. Die Grundrechtecharta der EU ist seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon rechtsverbindlich.

Zu Beginn der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2011 trat in Ungarn auch ein neues Mediengesetz in Kraft, welches das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit in Presse und Medien einschränkt und somit im Widerspruch zur Grundrechtecharta steht. Zusätzlich trat 2011 in Ungarn eine demokratiepolitisch mehr als besorgniserregende Verfassung in Kraft. Als Liberale haben wir die neuen Gesetze sowie die ungarische Regierung wiederholt kritisiert und werden die weitere Entwicklung auch in Zukunft genau verfolgen.

Ein weiteres wichtiges Thema des vergangenen Jahres war der für alle Unionsbürger geltende freie Personenverkehr – eine der vier Grundfreiheiten der EU. Die Mitgliedstaaten müssen sich unzweideutig zu diesen vier Grundfreiheiten bekennen. Offene Grenzen sind der gelebte Beweis für gegenseitiges Vertrauen und europäische Solidarität.

Die Erweiterung des Schengen-Raums innerhalb Europas sorgt für einen noch stärkeren Zusammenhalt der europäischen Völker. Wir Liberale unterstützen die Aufnahme weiterer EU-Mitgliedstaaten in den Schengen-Raum wie Rumänien und Bulgarien, die in allen Bereichen positive Evaluierungsergebnisse erzielt haben. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass die Durchsetzung des Rechts im gesamten Schengen-Raum konsequent erfolgt.



HANDELSBLATT | 11. JANUAR 2011

## » NEELIE KROES WETTERT GEGEN UNGARISCHES MEDIENGESETZ

[...] Opposition und Medien in Ungarn laufen seit Wochen Sturm gegen das Gesetz. Auch aus dem Europaparlament setzte es Kritik. „Ich erwarte, dass sowohl Justizminister Tibor Navracsics, als auch Innenminister Sándor Pintér sobald wie möglich dem Innenausschuss des Europäischen Parlamentes Rede und Antwort stehen“, sagte Alexander Alvaro, innenpolitischer Sprecher der FDP im Europaparlament, anlässlich der gestrigen Anhörung. [...]

EURACTIV.DE | 25. JANUAR 2011

## » ALVARO: „ICH MACHE MIR SORGEN UM UNGARNS ENTWICKLUNG“

Die EU-Kommission hat „ernste Bedenken“ gegen Details des umstrittenen Mediengesetzes in Ungarn angemeldet. Das Europäische Parlament hatte zuvor intensiv darüber debattiert. Der FDP-Europaabgeordnete Alexander Alvaro spricht im Interview mit EurActiv.de über bedenkliche Entwicklungen in Ungarn und fordert von allen EU-Staaten, ihre eigenen Mediengesetze kritisch zu prüfen.

**EURACTIV.DE** Bedauern Sie, dass das Europäische Parlament eine Mitverantwortung dafür trägt, dass die ungarische Ratspräsidentschaft unter der Debatte um das Mediengesetz leidet?

**ALEXANDER ALVARO** Nein. Man stelle sich nur vor, dass das Parlament das Ende der Ratspräsidentschaft abgewartet hätte und erst danach das Mediengesetz und die Strafen, die zum 1. Juli in Kraft treten, thematisiert hätte. Damit würden wir im Parlament unserer Rolle nicht gerecht werden. Es ist unsere Aufgabe, den Finger in die Wunde zu legen. Das Land, das die Ratspräsidentschaft innehat, hat eine besondere Verantwortung. Gerade weil es die Präsidentschaft betrifft, müssen wir die Probleme deutlich thematisieren. Wenn Herr Orbán just vor dem Start der Ratspräsidentschaft ein solches Gesetz verabschieden lässt, dann darf er sich nicht wundern, wenn es thematisiert wird. Die Debatte hat sich auch deshalb hochgeschaukelt, weil die ungarische Regierung reagiert hat, wie sie es getan hat. Es ist schade, dass das Mediengesetz die ungarische Ratspräsidentschaft so überschattet. Der Ministerpräsident Viktor Orbán macht es sich aber zu einfach, wenn er die Kritik am Gesetz als eine Beleidigung seines Volkes verstehen will. Damit schürt er Populismus, setzt sich aber mit der Sachfrage nicht auseinander. Es geht nicht um Ungarn, es geht um das Gesetz.

**EURACTIV.DE** Haben Sie das ungarische Mediengesetz gelesen?

**ALVARO** Ja, alle 164 Seiten.

**EURACTIV.DE** Welche Aspekte sehen Sie darin besonders kritisch?

**ALVARO** Das Gesetz betrifft zum Beispiel nicht nur ungarische Medien in Ungarn, sondern defacto jeden Blog, der in Ungarn aufrufbar ist. Auch die Vorschriften für eine ausgewogene Berichterstattung sind recht fragwürdig. Wenn das Gesetz den richtigen Ansatz vertreten würde, nicht diskriminierend und nicht fremdenfeindlich zu berichten, müsste das in dem Gesetz deutlicher hervorgehoben werden. Damit könnte der Eindruck vermieden werden, dass die Berichterstattung im Sinne der Regierung gestreamlined werden soll. Die Besetzung des Medienrates mit ausschließlich regierungsnahen Personen ist ebenfalls ein Problem. Durch diese Rahmenbedingungen entsteht die Gefahr, dass Journalisten Selbstzensur betreiben, um das Risiko möglicher Strafen oder des Entzugs der Zulassung zu vermeiden.

**EURACTIV.DE** Sehen Sie 'diktatorische Entwicklungen' in Ungarn, wie sie manche Kritiker anprangern?

**ALVARO** Ich würde nicht so weit gehen, von diktatorisch zu sprechen. Man muss aber die gesamte Entwicklung in Ungarn betrachten. Es bereitet mir Sorgen, dass die Entwicklungen nicht nur das Mediengesetz betreffen, sondern auch die Änderungen in der Verfassungsgerichtsbarkeit oder beim Rechnungshof. Offenbar soll es in der für Herbst geplanten neuen Verfassung eine Klausel geben, wonach die Verfassung nur geändert werden kann, wenn es im Parlament in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden eine Zweidrittelmehrheit gibt. Es entsteht der Eindruck, dass hier ein Staat im Umbau ist. Für uns stellt sich die Frage, in welche Richtung dieser Umbau erfolgt. Wenn ich sehe, wie sich Ungarn derzeit entwickelt, mache ich mir Sorgen.



» Es ist unsere Aufgabe, den Finger in die Wunde zu legen. «

**EURACTIV.DE** Ihre deutschen Parlamentskollegen von CDU und CSU verteidigen Orbán als Kämpfer für Freiheit und Demokratie. Die schärfsten Kritiker unterstellen demselben Orbán dagegen diktatorische Ambitionen. Wie passt das zusammen?

**ALVARO** Die Entwicklungen eines Menschen kann in beide Richtungen gehen. Orbán hat sich in Ungarn unbestreitbar für das Ende der kommunistischen Herrschaft eingesetzt. Er hat sich damit unbestreitbar einen geschichtlichen Verdienst erworben. Aber so wie aus einem ehemaligen Maoisten ein Kommissionspräsident geworden ist, kann ein Mensch sich auch in die umgekehrte Richtung entwickeln. Anscheinend haben die Möglichkeiten einer Zweidrittelmehrheit und der Machtausübung bei Herrn Orbán dazu geführt, sich nun strenger zu entwickeln.

**EURACTIV.DE** Konnten Sie in den vergangenen Tagen schon den historischen Teppich betrachten, den Ungarn im Ratsgebäude ausgelegt hat?

**ALVARO** Nein, aber ich habe mir erzählen lassen, wie er aussieht. Ein solcher Teppich setzt nicht das Signal, das von einer Ratspräsidentschaft erwartet wird. Es mag den ungarischen Stolz dokumentieren, doch ich bezweifle, dass eine solche symbolhafte Darstellung zeitgemäß für unser heutiges Europa ist. Stellen sie sich vor, die deutsche Ratspräsidentschaft hätte einen Teppich mit einer historischen Karte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation in den Grenzen des 13. Jahrhunderts bis hinunter zu Neapel ausgelegt. Die Diskussion in Europa kann ich mir lebhaft vorstellen.

**EURACTIV.DE** Die ungarische Ratspräsidentschaft hat noch fünf Monate vor sich. Wie kann und sollte es nach diesem Fehlstart weitergehen?

**ALVARO** Wir hätten uns gewünscht, dass diese Präsidentschaft anders verläuft, dass wir uns nicht so intensiv mit einem Gesetz beschäftigen müssen und dass die Ziele der ungarischen Präsidentschaft im Vordergrund gestanden hätten. Ungarn kann nun die Wogen glätten, wenn es das Gesetz solange aussetzt bis die Kommission ihre Prüfung abgeschlossen hat und mögliche Änderungsvorschläge der Kommission ins Gesetz aufgenommen sind. Dann könnte Ungarn mit einem bereinigten und europarechtlich tauglichen Mediengesetz weitermachen. Solange Ungarn das Gesetz nicht aussetzt, wird es über sehr vielen Ausschusssitzungen schweben.

**EURACTIV.DE** Falls Ungarn sein Gesetz anpasst, müssten wahrscheinlich auch deutsche Landesmediengesetze überarbeitet werden.

**ALVARO** Ich denke, dass nicht nur deutsche Mediengesetze, sondern auch die italienischen und französischen Mediengesetze überarbeitet werden müssten. Die Ungarn haben versucht zu demonstrieren, dass sich einige der kritisierten Passagen auch in anderen europäischen Gesetzen wiederfinden. Auf diesem Auge dürfen wir nicht blind sein. Falls in deutschen Mediengesetzen europarechtswidrige Regelungen zu finden sind, dann muss das selbstverständlich überprüft werden. Da können wir uns nicht mehr verstecken, aussitzen und auf die Ungarn zeigen. Jedes Land muss seine eigenen Mediengesetze kritisch prüfen.

---

EURACTIV.DE | 20. APRIL 2011

## » UNGARNS VERFASSUNG: VORBILDICH ODER EINE GEFAHR FÜR DIE EU?

In der EU ist ein heftiger Streit um Ungarns neue Verfassung entbrannt. Während Europas Liberale Ungarns Präsident auffordern, das Gesetz nicht zu unterschreiben, wehrt sich Budapest gegen verhaltene Kritik aus Berlin. Der CSU-Europaabgeordnete Bernd Posselt nimmt Ungarns rechtsnationale Regierung gegen UN-Generalsekretär Ban Ki Moon in Schutz. [...]

Alvaro, innen- und haushaltspolitischer Sprecher der FDP im EU-Parlament, warnt, nicht alleine die ideologisch rückwärtsgewandte Geschichtsdeutung, die mögliche Beschränkung der Grundrechte oder das reaktionäre Gesellschaftsbild in der neuen Verfassung Ungarns würden der Europäischen Union in den kommenden Jahren Kopfzerbrechen bereiten. Viel schwerwiegender für die Zukunft der Union sei die mit der Verfassung beschlossene de facto Lahmlegung der zukünftigen Budgetpolitik in Ungarn. Alvaro bezieht sich bei dieser Kritik auf den neuen Budgetrat in Ungarn. Dieser wird laut der neuen Verfassung auf neun Jahre gewählt, und kann jedes

Haushaltsgesetz zurückweisen. Kritiker befürchten, durch die Besetzung des Budgetrats mit eigenen Anhängern könnte die Fidesz -Partei die ungarische Politik selbst dann noch dominieren, sollte sie ihre Mehrheit bei den kommenden Wahlen verlieren. Das neue Grundgesetz der Ungarn, das am 1. Januar 2012 in Kraft treten soll, ermächtigt zudem den Präsidenten, das Parlament im Falle eines nicht rechtzeitigen Haushaltbeschlusses aufzulösen. Ungarn habe sich damit für Jahrzehnte eine gefährliche Blockadestruktur geschaffen, warnt Alvaro. „Hierdurch entsteht die Gefahr, dass Ungarn zukünftig nicht mehr in der Lage sein könnte, seinen Beitrag zum Gesamthaushalt der EU zu leisten.“ [...]

---

MTI | 11. NOVEMBER 2011

## » MEPS FROM SEVEN COUNTRIES CALL ON EUROPEAN COMMISSION TO MONITOR HUNGARY'S ADHERENCE TO "DEMOCRATIC PRINCIPALS"

Seven representatives of the European Parliament have called on the European Commission to monitor the Hungarian parliament's adoption of cardinal laws and ensure that the European Union's democratic values are observed in the country's legislative procedures. [...] According to signatories of the letter, Hungary's electoral law, and the act on courts and the legal status of judges raise further doubts if the government observes its international obligations and democratic principles of the EU.

The letter has been signed by Hungary's Tabajdi, German Liberal MEP Alexander Alvaro, Dutch Liberal Sophie in't Veld, Portugal's Green Rui Tavares, Dutch Green Judith Sargentini, British Socialist Claude Moraes, and Spanish Socialist Juan Fernando Lopez Aguilar. [...]

---

DER TAGESSPIEGEL | 11. MAI 2011

## » DÄNEMARK SCHRÄNKT REISEFREIHEIT EIN

Auf Druck der Rechtspopulisten soll es wieder dauerhafte Grenzkontrollen durch Zöllner geben

Dänemarks Mitte-Rechts-Regierung hat die Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der Landgrenze zu Deutschland und in Fährhäfen angekündigt. Unter dem Druck der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (DVP) will die dänische Regierung damit die Reisefreiheit an den Grenzen nach Deutschland und Schweden wieder einschränken. Der Beschluss soll in zwei bis drei Wochen in Kraft treten, sagte Finanzminister Claus Hjort Frederiksen am Mittwoch in Kopenhagen. Die Entscheidung wurde am Vortag eines Treffens der EU-Innenminister in Brüssel bekannt. Auch dabei geht es um eine mögliche Verstärkung von Grenzkontrollen in Europa. [...]

Der FDP-Innenexperte im Europaparlament, Alexander Alvaro, sagte dem Tagesspiegel, dass sich mit der Wiedereinführung der Kontrollen auch die Frage stelle, ob Dänemark überhaupt noch Mitglied im Schengen-Raum bleiben könne. „Wenn sich Dänemarks Regierung von den Rechtspopulisten so unter Druck setzen lässt, dass sie die Axt an eine der europäischen Grundfreiheiten legt, dann stellt sich auch die Gretchenfrage der Mitgliedschaft Kopenhagens im Schengen- Raum“, sagte Alvaro.

---

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG | 5. JULI 2011

## » „EINE AXT FÜR DIE EUROPÄISCHE IDEE“

Ausgerechnet zum Auftakt der Sommerferien beginnt Kopenhagen wieder mit permanenten Grenzkontrollen – und wird dafür heftig attackiert: Hessens Europaminister Hahn ruft deutsche Urlauber zum Dänemark-Boycott auf, der Europaabgeordnete Alvaro sieht den Zusammenhalt der ganzen EU gefährdet. Die dänische Regierung weist die Kritik als „schräg und hysterisch“ zurück.

Die Dänen machen dicht: Ausgerechnet zum Auftakt der Sommerferien führt Kopenhagen an diesem Dienstag wieder permanente Zollkontrollen an seinen Grenzen ein – und ruft mit dieser Maßnahme harsche Kritik hervor.

Nach Ansicht des FDP-Politikers Alexander Alvaro gefährdet die Änderung den Zusammenhalt der Europäischen Union als Ganzes: „Dänemark muss sich entscheiden, ob es noch Teil der Schengenzone und langfristig Teil der EU bleiben möchte“, erklärte der Europaabgeordnete.

„Die offenen Grenzen sind eine der Haupterrungenschaften der europäischen Politik der vergangenen Jahrzehnte“, sagte Alvaro. „Die neuen Kontrollen gefährden die Reisefreiheit aller EU-Bürger und sollten von der dänischen Regierung überdacht werden.“ Das Land dürfe sich nicht von „unseren gemeinsamen Grundwerten verabschieden“.

---

EURACTIV.DE | 22. SEPTEMBER 2011

## » NOCH KEIN SCHENGEN-BEITRITT RUMÄNIENS UND BULGARIENS

Rumänien und Bulgarien können dem grenzfreien Schengenraum noch nicht beitreten. Da Finnland und die Niederlande ein Veto angekündigt hatten, wurde die Abstimmung über den Schengen-Beitritt abgesagt. Das Thema wurde nun zur Chefsache erklärt und soll beim nächsten Gipfeltreffen im Oktober diskutiert werden. Einige EU-Abgeordnete sind über die Verzögerungsstrategie verärgert. [...]

Alexander Alvaro, innenpolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament, sprach ebenfalls von einer „nicht gerechtfertigten“ Blockade der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in den Schengen-Raum. „Nachdem Rumänien und Bulgarien in allen Teilbereichen der Schengenüberprüfung positive Evaluierungsergebnisse erreicht haben, sollten ihnen keine neuen Hindernisse in den Weg gelegt werden“, so Alvaro. [...]

---

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG | 22. SEPTEMBER 2011

## » RUMÄNIEN UND BULGARIEN SOLLEN DRAUSSEN BLEIBEN

Zwei EU-Länder drohen mit einem Veto gegen einen Beitritt von Rumänien und Bulgarien zum Schengen-Raum. Sie warnen vor Korruption und Kriminalität. Ein Rückschlag für die beiden Länder, aber auch für die Mehrheit in der EU. Man dürfe sich nicht von „Rechtspopulisten in Geiselnahme nehmen lassen“, hieß es aus dem Europaparlament. [...]

Auch Alexander Alvaro, innenpolitischer Sprecher der FDP, warnte davor, „an Rumänien und Bulgarien aus populistischen Überlegungen ein Exempel zu statuieren“.

---

FUTUREZONE.AT | 22. NOVEMBER 2011

## » HOLLAND FÜHRT VIDEOÜBERWACHUNG AN GRENZEN EIN

Ab dem 1. Jänner werden die Niederlande an den wichtigsten 15 Grenzübergängen nach Deutschland und Belgien Videokameras einrichten. Alle Grenzgänger sollen erfasst werden. Datenschützer und Europaparlamentarier sehen darin ein Verstoß gegen die europäische Grundrechte-Charta und das Schengen-Abkommen.

Mit der umstrittenen Maßnahme weiten die Niederlande ihr inländisches Überwachungssystem der Fernstraßen und Autobahnen auf die Grenzen aus. Nach Angaben der National- und Grenzpolizei erfassen die Kameras nicht nur die Nummernschildern, sondern auch die Insassen. Zurzeit wird bereits ein Kontrollsystem an zwei Autobahn-Übergängen getestet.

Die Kameras erfassen die Autokennzeichen und gleichen sie mit der Kriminalitäts- und Verkehrsünderdatei ab. Von einem biometrischen Abgleich der erfassten Insassen mit biometrischen Bildern ist bislang nichts bekannt. Die niederländische Polizei will mit dem automatischen Nummernabgleich aber nicht nur grenzüberschreitende Parksünder erwischen, die sich bislang davor drückten, Strafzettel zu zahlen, sondern auch Drogenhandel und illegale Einwanderer effektiver bekämpfen.

### ZWEIFEL AN VERHÄLTNISSMÄSSIGKEIT

Ausgerechnet die Niederlande führen damit wieder den Schlagbaum ein. Elektronisch zwar und für die Reisenden erst einmal zeitunkritisch. Doch sie, die zu den ersten fünf europäischen Ländern gehörten, die 1985 dem Schengen-Abkommen beitraten, drehen damit die Uhr wieder zurück. Wie auch die Dänen, die seit dem Sommer wieder den Ausweis sehen wollen. Oder die Briten, die die Passdaten sämtlicher Flugpassagiere vorab haben wollen. In Dänemark wie den Niederlanden gelten die Rechtspopulisten als treibende Kräfte hinter den Verschärfungen. [...]

Der liberale Europaparlaments-Abgeordnete Alexander Alvaro zeigt sich ebenfalls entsetzt: „Hier wird eine neue Form der Vorratsdatenspeicherung eingeführt, die jeden Bürger, der die Niederlande betritt, unter Generalverdacht stellt.“ Die Niederlande sollten sich aufgrund des rechtspopulistischen Druckes nicht von den gemeinsamen europäischen Grundwerten verabschieden, meint Alvaro.

### GROSSBRITANNIEN DURCHLEUCHTET FLUGREISENDE

Die Niederländer sind nicht die einzigen, die auf einen digitalen Schlagbaum setzen. Die Briten fordern für inländische Flüge von allen Reisenden die Passdaten. Diese Art der umfassenden präventiven Datenerhebung für die Kriminalitätsbekämpfung wird bislang von der Europäischen Kommission nicht hinterfragt. Alvaro sagt daher: „Wir erwarten von der Kommission, dass sie rasch die niederländischen Pläne überprüft und die Einhaltung bestehender EU-Gesetze durchsetzt.“ [...]

---

STUTTGARTER ZEITUNG | 24. NOVEMBER 2011

## » KONTROLLE AM ELEKTRONISCHEN SCHLAGBAUM

Für die Niederländer ist es nur ein kleiner Schritt: sie überwachen schon seit längerem Fernstraßen und Autobahnen per Video. Ab dem 1. Januar soll diese Praxis auf alle Grenzgänger ausgedehnt werden. Im Kampf gegen illegale Einwanderer und Drogenhandel sollen dann alle Autos samt Insassen erfasst werden, die die wichtigsten 15 Grenzübergänge nach Deutschland und Belgien passieren. Getestet wird das Kontrollsystem bereits an zwei Autobahnübergängen. Dabei erfassen die Kameras die Autokennzeichen und gleichen sie mit der Kriminalitäts- und Verkehrssünderdatei automatisch ab. [...]

Die Rechtspopulisten sind die treibenden Kräfte hinter dem elektronischen Schlagbaum. So auch in Dänemark, das im Sommer die Ausweiskontrolle wieder eingeführt hat. Dabei gehörten die Niederlande zu den ersten fünf europäischen Ländern, die 1985 dem Schengen-Abkommen beitraten, das nur stichprobenartige Kontrollen zulässt. In Deutschland wäre eine Grenzkontrolle per Videoüberwachung undenkbar, sagt eine Sprecherin des nordrhein-westfälischen Landesdatenschützers. Eine ähnliche automatische Kennzeichenerfassung in Hessen wurde nämlich 2008 vom Bundesverfassungsgericht gestoppt. [...]

Auch auf europäischer Ebene dürften Daten nur dann erhoben werden, wenn es absolut notwendig ist. Der liberale Abgeordnete Alexander Alvaro sieht darin sogar „eine neue Form der Vorratsdatenspeicherung, die jeden Bürger, der die Niederlande betritt, unter Generalverdacht stellt.“ [...]



## » ONE SEAT

Das Europäische Parlament ist das einzige Parlament Europas, das nicht das Recht hat, seinen Sitz selbst zu bestimmen. Dies tun die Mitgliedstaaten und diese haben 1992 festgelegt, dass Straßburg der offizielle Sitz des Europäischen Parlamentes ist.

Daher müssen sich einmal im Monat 736 Abgeordnete, ihre Mitarbeiter und die des Parlamentes, also sicherlich gut 2.000 Menschen, mitsamt ihrer Akten für vier Tage auf den Weg nach Straßburg machen. Es ist Plenarwoche.

Das **Pendeln zwischen Brüssel und Straßburg** ist kostenaufwendig, ineffizient und zudem mit 19.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr umweltbelastend. Das Ende dieser monatlichen Reiserei würde über 180 Millionen Euro jährlich einsparen – circa 15 Prozent des Budgets des Europäischen Parlaments.

Artikel 48 des neuen Lissabonvertrages gibt dem Europäischen Parlament nun das Recht, Änderungen an den EU-Verträgen vorzuschlagen und damit auch an dem Protokoll zur Bestimmung des offiziellen Sitzes. Das letzte Wort hat freilich nach wie vor der Rat.

2011 hat sich aber jetzt erstmals eine absolute Mehrheit im Hause für einen einzigen Sitz des Parlamentes und damit ein Ende der monatlichen Reisen ausgesprochen. Schon 2006 haben 1,26 Millionen Europäer auf oneseat.eu einen Sitz des EP gefordert. Seit 2004 sind wir als FDP im Europäischen Parlament an diesem Thema dran. Langsam zeichnet sich ab, dass Ausdauer und Hartnäckigkeit Früchte tragen können – in der Sitzfrage machen wir jedenfalls Fortschritte.





» Sitzungen in Straßburg sind teuer, ineffektiv, eine Belastung für die Umwelt und ein gefährlicher Stress für Abgeordnete wie Mitarbeiter. «

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG | 11. FEBRUAR 2011

## » HEUTE BRÜSSEL, MORGEN STRASSBURG

Die Klage über die monatliche Karawane aus Abgeordneten, Akten und Mitarbeitern von Brüssel nach Straßburg ist so alt wie das Europäische Parlament selber. Schon Simone Veil, 1979 Präsidentin des in diesem Jahr erstmals direkt gewählten Hauses, kämpfte gegen die Regel, dass die Abgeordneten eine Woche pro Monat in der elsässischen Stadt tagen müssen – vergeblich, wie alle weiteren Versuche Brüssel zum einzigen Tagungsort zu machen.

Das liegt daran, dass die Mitgliedsländer auf ihrem Recht bestehen, den Sitz der EU-Organe zu bestimmen. Frankreich ist Straßburg als Parlamentsitz zugeschlagen worden, so wie Deutschland die Europäische Zentralbank. All das aber schreckt weder den Vizepräsident des Parlaments, Edward McMillan-Scott, noch seinen liberalen Fraktionsfreund Alexander Alvaro von einem neuen Anlauf ab. [...]

Die „solide Faktenbasis“ ergibt laut Alvaro, dass die Sitzungen in Straßburg teuer, ineffektiv, eine Belastung für die Umwelt und ein gefährlicher Stress für Abgeordnete wie Mitarbeiter seien.

DONAUKURIER | 11. FEBRUAR 2011

## » WANDERZIRKUS UND KEIN ENDE?

Abgeordnete starten einen neuen Anlauf, die Pendelei der Europaparlamentarier zwischen Straßburg und Brüssel zu beenden

Der Wanderzirkus beginnt regelmäßig aufs neue: Einmal im Monat zieht ein Großteil der 736 Europaparlamentarier sowie deren Mitarbeiter für vier Tage von Brüssel nach Straßburg. Mit ihnen reisen kistenweise Unterlagen, Büroausrüstung und Gepäck. Zwischen 60 und 180 Millionen Euro kostet das die europäischen Steuerzahler pro Jahr. Rund 20.000 Tonnen CO<sub>2</sub> werden dabei jährlich in die Atmosphäre gepustet. [...]

Diesem Wanderzirkus wollen eine Reihe liberaler Europaabgeordneter – darunter auch der deutsche Alexander Alvaro – nun ein Ende bereiten. Sie plädieren für eine Vertragsänderung – wollen, wenn möglich, Brüssel zum einzigen Sitz des Parlaments machen. Dazu stellten sie gestern in Brüssel eine Studie vor. Darin plädierten 88 Prozent der befragten Europaparlamentarier und ihre Mitarbeiter dafür, die Entscheidung über den Dienstsitz dem Europaparlament selbst zu überlassen. 91 Prozent davon sprachen sich für Brüssel als Dienort aus.

EURACTIV.DE | 11. MÄRZ 2011

## » SCHLAGABTAUSCH UM STRASSBURG ALS EU-PARLAMENTSSITZ

Das Europäische Parlament hat diese Woche festgelegt, dass 2012 und 2013 je zwei reguläre Straßburg-Plenarsitzungen zusammengelegt werden. Damit müssen die 736 EU-Abgeordneten, ihre Mitarbeiter und Tonnen von Dokumenten einmal weniger von Brüssel nach Straßburg reisen. Das soll den EU-Haushalt entlasten. Pro Legislaturperiode zahlen die Steuerzahler über eine Milliarde Euro für die Pendelei zwischen den zwei Arbeitsstätten des Parlaments.

Der FDP-Haushaltsexperte Alexander Alvaro meldete per Twitter, dass Frankreich eine Klage gegen den Parlamentsbeschluss erwägt. Frankreich wolle den monatlichen Umzug nach Straßburg aufrecht erhalten. Der monatliche Besuch aus Brüssel sichert Straßburg und seinen rund 270.000 Einwohnern erheblichen Umsatz und zahlreiche Arbeitsplätze. Das französische Außenministerium sei über die Abstimmung über die verkürzten Präsenzzeiten schockiert gewesen. Offiziell sei eine Klage nicht bestätigt, aber es wurde deutlich, dass „sie zumindest prüfen, ob sie dagegen klagen können“, so Alvaro heute gegenüber EurActiv.de.

Die FDP und die europäischen Liberalen (ALDE) setzen sich seit Jahren für einen einzigen Parlamentsitz in Brüssel ein. Laut einer Studie wollen fast alle EU-Abgeordneten nur noch in Brüssel tagen.

EURACTIV.DE | 16. MÄRZ 2011

## » FRANKREICH VERKLAGT EU-PARLAMENT

Das Europäische Parlament hatte am 9. März beschlossen, die zwei regulären September-Plenarsitzungen in den kommenden beiden Jahren in eine Kalenderwoche zusammenzulegen. Für die Zusammenlegung stimmten 357 Abgeordnete, 253 stimmten dagegen und 40 Abgeordnete enthielten sich.

Mit dieser Entscheidung wollen die Abgeordneten die Reisebelastung verringern und Kosten sparen. Pro Legislaturperiode zahlen die europäischen Steuerzahler etwa eine Milliarde Euro für die Pendelei zwischen Brüssel und Straßburg, den zwei Arbeitsstätten des Parlaments. Allerdings sichert der monatliche Umzug der Stadt Straßburg und seinen rund 270.000 Einwohnern erheblichen Umsatz und zahlreiche Arbeitsplätze. [...]

Die Pendelei zwischen Brüssel und Straßburg ist seit langem umstritten. Der FDP-Europaabgeordnete Alexander Alvaro, der sich für Brüssel als einzigen Parlamentssitz einsetzt, erklärte, dass Frankreich mit dieser Klage „eine vernünftige Debatte über den Sitz des Europäischen Parlaments verhindern“ wolle.

Die Forderung nach einem einzigen Parlamentssitz gilt allerdings als nicht durchsetzbar, da eine entsprechende Vertragsänderung von den Mitgliedsstaaten einstimmig beschlossen werden müsste.

DAS PARLAMENT | 4. JULI 2011

## » DER WANDERZIRKUS NACH 'STRESSBURG'

Ruhig wie ein routinierter Lotse steht der Mann mitten im Gewimmel. Einmal hebt er die behandschuhte Rechte, dirigiert streng die Fracht in Richtung Verladerampe, dann senkt er sie wieder und zieht sich die derben Montagehandschuhe von den Fingern. Auch wenn die Hände aufgehört haben zu agieren, scheint er alles im Griff zu haben: das ganze Chaos, das sich zu dieser späten Stunde in den Katakomben des Brüsseler Europaparlaments aufgestaut hat. Es ist Freitagnacht, einer der Freitage, an dem Phase I des Umzugs nach Straßburg beginnt. In der elsässischen Metropole tagen die Europaparlamentarier seit der ersten Direktwahl 1979. Längst schon haben in Brüssel die Abgeordneten dem hohen Haus den Rücken gekehrt, auch ihre Assistenten und die Verwaltungsangestellten sind ins Wochenende verschwunden. Nur unten in der Tiefgarage mit ihrer großräumigen Verladezone herrscht Hektik: Aus den Fahrstühlen quellen Trollies, beladen mit je fünf bis sechs Plastikcontainern. 25 angeheuerte Hilfskräfte karren die schweren Wagen heran. Ein ganzes Gebirge von grünen Kisten türmt sich auf, bevor Gilbert Rondelli, der 'Packmeister' dieser Tour, mit flinken Handbewegungen das Kommando zum Verstauen gibt. Im Fünferpack verschwinden die Behälter im Bauch des Sattelschleppers, werden Schicht um Schicht sorgfältig festgurtet. Die Hebebühne fährt ein und die schwere Ladetür fällt ins Schloss. Dann lenkt der Fahrer seinen Truck vorsichtig zur Seite, um dem nächsten Platz zu machen.

### GEZIELT ENTLADEN

Packen, das folgt in der 'Unterwelt' des Europaparlaments ganz eigenen Gesetzen: Die Kisten müssen nach ihrem Bestimmungsort sortiert werden, nach den verschiedenen Winkeln des Straßburger Hauses, damit in der elsässischen Metropole gezielt entladen werden kann. Teures Equipment, das wissen die Männer, wandert in den weißen, den parlamentseigenen Lkw. Der schluckt die blauen Großcontainer mit audiovisuellem Gerät und kostspieligen Kameras.

Derweil wacht Rondellis scharfes Auge über der Großaktion. Rondelli, wie der Name schon sagt, ist italienischer Abstammung, aber in Luxemburg aufgewachsen und ansässig, kennt sich aus: Er ist seit 1986 dabei und gilt als 'Allzweckwaffe' in diesem Umzugsgeschäft der besonderen Art. Mit drei Kollegen ist er diesmal im Einsatz, drei der 30 Festangestellten des 'Service Déménageurs', die Monat für Monat das gigantische Unterfangen Brüssel – Strassburg und retour managen. Seit 17 Uhr sind die Packer im Einsatz: sorgfältig haben sie die langen Flure des 15-stöckigen Gebäudeensembles abgeklappert, haben die Boxen zusammengetragen und aufgetürmt. Auch die des Abgeordneten Andreas Schwab, auf der in gelben Lettern 'MEP – ASP15E130 – LOW T 10147' steht. Das ist die Ortsangabe der beiden Büros des baden-württembergischen Europapolitikers: ASP steht für das Altiero-Spi-

nelli-Gebäude in Brüssel, LOW für den Louise-Weiss-Flügel in Straßburg. Sorgfältig haben Schwabs Assistenten schon am Morgen die Dokumente in der Box verstaut: Diesmal waren es Unterlagen für die Verbraucherrechtsrichtlinie, Reden für Veranstaltungen und das Info-Material für Besuchergruppen – eben all das, was der engagierte Parlamentarier für die 'Straßburg-Woche' so braucht.

### GELBES UNGETÜM

Bevor die Vorhangschlösser an der Box einklinken, gehen die Mitarbeiter die Checkliste noch einmal durch. Nur ja nichts vergessen, denn Straßburg ist weit. Dann wandert das gelbe Ungetüm auf den Flur, wird eine von vielen Kisten, die sich vor dieser Umzugsnacht wie die Soldaten vor den Bürotüren reihen.

Inzwischen ist es 23 Uhr. 14 Stockwerke tiefer sind die fünf Brummis bepackt, ihr Laderaum ist bis auf den letzten Zentimeter angefüllt: 2.500 Kisten verladen und festgurtet – 2.000 aus Brüssel und 500, die am Mittag vom Verwaltungssitz der Volksvertretung in Luxemburg herangekarrt wurden. Auch die 15 blauen Großcontainer mit der Technik haben ihren Platz gefunden. Gegen Mitternacht steht der Konvoi fahrbereit. Die Motoren der Sattelschlepper heulen auf. Dann rollen die 40-Tonner über die unterirdische Fahrstraße hinaus in die Nacht. 530 Kilometer liegen vor den Fahrern – mit einem obligatorischen Stopp im Spritparadies Luxemburg, wo sie gehalten sind, billigen Diesel zu tanken. Um ein Uhr wird sich der Truck aus dem Fuhrpark des Parlaments mit den hochsensiblen Geräten an ihre Fersen heften.

Zwölf Mal im Jahr tüfteln die EU-Parlamentarier in Straßburg für je vier Tage an der europäischen Gesetzgebung. Einst war es als Provisorium gedacht, weil es in Brüssel noch keinen passenden Bau für das Parlament gab. Seit 1992 ist die Arbeitsteilung EU-vertraglich verankert. Und Frankreichs Regierung ist entschlossen, den prestigeträchtigen Parlamentssitz gegen alle Widerstände zu verteidigen. Selbst als die Abgeordneten 1997 nur eine der zwölf Sitzungswochen streichen wollten, zog Paris vor den Europäischen Gerichtshof – mit Erfolg. So strömen die 734 Parlamentarier allmonatlich aus Europas Regionen zwischen Lappland und Malta, der Schwarzmeerküste und den Kanaren herbei. Und mit ihnen 1.200 Beamte und Parlamentsbedienstete aus Brüssel und 525 aus Luxemburg. Hinzu steuern rund 200 Journalisten, Hunderte Parlamentsbesucher und Dutzende von Interessenvertretern zum lichten Glaspalast an der Ill. Sie bringen Leben in die gemächliche Münster-Metropole und sind als Wirtschaftsfaktor hochwillkommen: 4.000 Hotelbetten bis hinüber ins deutsche Kehl sind ausgebucht, unzählige Tische in den Restaurants schon vorgemerkt, Hunderte von Taxis vorbestellt.

Einigen der 734 Volksvertreter bedeutet Straßburg Abwechslung im Alltagstrott. Anderen ist der Sitz ans Herz gewachsen: „Hier ist im Gegensatz zum weitläufigen Brüssel mit seinen vielen EU-Institutionen alles kompakt beieinander“, schwärmt der Südbadener CDU-Mann Andreas Schwab und meint damit seine Abgeordnetenkollegen und die EU-Kommissare, die dienstags dazustossen, um ihr wöchentliches Treffen abzuhalten. Für immer mehr mutiert Straßburg allerdings zum 'Stressburg', sie würden den Wanderzirkus lieber heute als morgen einstellen. Die Gegner sehen ihren Platz in Brüssel, wo die EU-Kommission ihren Sitz hat und die EU-Regierungen im Ministerrat zusammenkommen.

### EINE MILLIONEN UNTERSCHRIFTEN

Schon Simone Veil, 1979 erste Präsidentin des direkt gewählten EU-Parlaments, kämpfte gegen die vorgeschriebene 'Karawane' ins Elsass. 2006 rannten Europas Liberale gegen die Bastion an. 'No need for two seats' ('Kein Bedarf für zwei Sitze'), hieß die von Alexander Alvaro organisierte Aktion, die im Internet immerhin eine Million Unterschriften sammeln konnte. „Ein Jahr für Jahr 200 Millionen verschlingender Reisezirkus ist den Bürgern schwer zu vermitteln“, moniert der Deutsch-Portugiese, der – Mitte 30 und Mitglied der FDP – mit hundert anderen Parlamentariern die 'Kampagne zur Parlamentsreform' organisierte. Auf deren Agenda stand der Kampf gegen den zweiten EU-Sitz ganz oben. Auch die Grünen prangern das klimaschädliche Arrangement des Doppelsitzes an, durch das jährlich 20.000 zusätzliche Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre geblasen werden. Ein Großteil der Volksvertreter hat den monatlichen Trip an die Ill gründlich satt. Glaubt man einer aktuellen Studie, dann will die Mehrheit weg. 91 Prozent der befragten Europapolitiker plädierten für einen ständigen Parlamentssitz Brüssel.

Den meisten raubt die umständliche An- und Abreise den letzten Nerv: Direktflüge nach Straßburg gibt es nur von wenigen Flughäfen, und die Zugverbindungen sind lausig. Die Gegner hoffen, dass sich eines Tages eine EU-Einrichtung findet, die Paris überzeugen könnte, den Tross endgültig ziehen zu lassen. Die Entscheidung über die

'Sitzfrage' obliegt aber nicht dem Parlament, sondern allein den Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft. Und die reisen so selten ins Elsass, dass sie gar nicht beurteilen können, was da abgeht. Ein paar Deputierten geht die Debatte derweil so auf den Geist, dass sie nur noch abwiegeln. „Dieses Thema kommt alle paar Monate wieder, weil sich jemand damit profilieren will“, ärgert sich etwa Martin Schulz. Der Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europaparlament kontert dann gerne polemisch: „Fragen Sie doch mal Frau Merkel, ob sie den Sitz der EZB von Frankfurt nach Frankreich verlegen würde“.

#### DORNRÖSCHENSCHLAF

Von den Gewitterwolken, die sich mit steter Regelmässigkeit über Straßburg zusammenbrauen, ist am Montagmorgen nichts zu spüren. Wie immer zum Auftakt der Sitzungswoche erwacht das Haus langsam aus seinem dreiwöchigen Dornröschenschlaf, während dem sich nur das Büro des EU-Bürgerbeauftragten und die Putztruppe im weiten Labyrinth der Gänge verlieren. Die Assistenten trudeln ein, beziehen die winzigen Büros ihrer Abgeordneten. Vor der Tür warten die Kisten. Auch die von Andreas Schwab ist angekommen. Dennoch gibt es auch hier Arbeit für Gilbert Rondelli: Er prüft, ob die Brüsseler Fracht wirklich komplett am Ziel ist. Hin und wieder sind die Boxen falsch ausgeliefert und müssen dann per E-Mail-Rundschreiben gesucht werden. Am Nachmittag wird der letzte Lkw ankommen, der Nachzügler, der all das liefert, was die Volksvertreter in Brüssel vergessen haben. Dann bereitet sich der vielsprachige Logistiker auf die Rücktour vor: Am Donnerstag werden die grünen Plastikbehälter ihre Fahrt zurück nach Brüssel antreten. Dann setzt sich der Wanderzirkus wieder in Bewegung. Diesmal in Richtung Norden.



## » HAUSHALT UND SCHULDENKRISE

Mit 129 Milliarden Euro ist der Haushalt der EU nicht einmal halb so groß wie der Haushalt Deutschlands. Dennoch werden mit diesen Mitteln erfolgreich Projekte und Politiken in Europa umgesetzt. Wir wollen einen **stabilen und intelligenten europäischen Haushalt als Mehrwert für die Bürger Europas** verstanden wissen. Hierfür müssen die zur Verfügung stehenden Mittel zum einen dort eingesetzt werden, wo Staaten gemeinsam zu besseren Lösungen kommen, als alleine. Zum anderen sollten grenzüberschreitende Probleme auch mit Hilfe des EU-Haushalts angegangen werden.

Die Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung, die Förderung des Mittelstandes, die gemeinsame polizeiliche Zusammenarbeit, der Binnenmarkt, die europäische Außenpolitik, der Schutz unseres gemeinsamen Lebensraums – zahlreiche Felder, die ohne den Beitrag aus dem EU-Haushalt spürbar nachteilig beeinträchtigt, wenn nicht sogar gefährdet würden.

Angesichts der Schuldenkrise ist es nachvollziehbar, dass die Mitgliedstaaten zurückhaltend bei der Bereitstellung von Mitteln sind. Andererseits muss gerade in Krisenzeiten eine vorausschauende Haushaltspolitik zum Tragen kommen. Die Mitgliedstaaten haben die Kriterien des gemeinsamen Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht eingehalten und damit den Zusammenhalt der Eurozone erschüttert. Ohne Zweifel brauchen wir einen verstärkten Stabilitäts- und Wachstumspakt mit automatischen Sanktionen, damit Haushaltsdisziplin und Stabilität wieder einziehen können.

Es geht aber nicht nur um Schulden, Defizite und die Wirtschaft. Es geht auch um den Weg, wie wir das Vereinte Europa weiterbauen wollen.



EURACTIV.DE | 8. JUNI 2011

» **PARLAMENT VERLANGT HÖHERES EU-BUDGET 2014 – 2020**

Der EU-Haushalt 2014 bis 2020 soll um mindestens fünf Prozent steigen. Das haben die Europaparlamentarier heute in einer gemeinsamen Position gefordert. Das EU-Parlament will zudem die nationalen Sonderrabatte abschaffen und das EU-Eigenmittelsystem reformieren. Die Mitgliedsstaaten haben den Forderungen eine klare Absage erteilt. Die EU-Kommission wird am 29. Juni einen Vorschlag für den EU-Haushalt nach 2013 und zum Eigenmittelsystem der EU vorlegen. Das Parlament hat bereits heute den Verhandlungsmarathon eröffnet und eine eigene Position verabschiedet. [...]

Alexander Alvaro, haushaltspolitischer Sprecher der FDP, kritisierte, dass der Parlamentsbericht nicht ambitioniert genug sei. „Er fordert mehr Mittel für Forschung und Entwicklung, klärt aber nicht, woher diese Gelder kommen sollen“, sagte Alvaro. „Bei gleichzeitigem Bestandsschutz im Bereich der Agrar- und Strukturfonds hätte man eher darauf setzen sollen, den Haushaltsrahmen so flexibel zu gestalten, dass nicht verwendete Mittel von der EU ins nächste Jahr übertragen werden können, um für zukunftsorientierte Projekte Gelder anzusparen“, so Alvaro. [...]

**DOPPELSITZ DES PARLAMENTS IM SPARANGEBOT**

Als Sparpotential haben die Abgeordneten lediglich die Abschaffung des Doppelsitzes des Europäischen Parlaments (Straßburg und Brüssel) identifiziert. Eine entsprechende Entscheidung liegt aber allein bei den Mitgliedsstaaten. Die Pendelei der EU-Parlamentarier zwischen Brüssel und Straßburg ist seit langem umstritten. [...]

BERLINER UMSCHAU | 22. JUNI 2011

» **FDP-EUROPAABGEORDNETER ALVARO FÜR SCHULDENSCHNITT IM FALL GRIECHENLAND**

Der FDP-Europaabgeordnete Alexander Alvaro hat sich für einen Schuldenschnitt im Fall Griechenland ausgesprochen. „Ich glaube, dass wir langfristig oder auch mittelfristig nicht darum herumkommen werden, einen Schuldenschnitt für Griechenland zu diskutieren“, sagte Alvaro am Mittwoch gegenüber Medien. Irgendwann sei ein Schuldenniveau erreicht, bei dem Geldspritzen und sämtliche andere Bemühungen nicht mehr ausreichen würden. Ein Schuldenschnitt sei ein „schmerzhafter aber kontrollierbarer Prozess“. Es gehe dabei nicht darum, Athen die kompletten Schulden zu erlassen. Alvaro vertritt die FDP im Europäischen Parlament seit dem vergangenen Monat auch im Präsidium der Bundespartei.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG | 6. JULI 2011

» **ABGEORDNETE DES EUROPAPARLAMENTS UNTERSTÜTZEN EU-STEUER**

Der Vorstoß der Europäischen Kommission für eine eigene EU-Steuer findet im Europäischen Parlament Unterstützung. Grüne, Sozialdemokraten und Christdemokraten sprachen sich in einer Debatte über den Finanzrahmen 2014 bis 2020 dafür aus, den EU-Haushalt stärker aus eigenen Mitteln der EU zu finanzieren und zugleich die nationalen Budgetbeiträge zu reduzieren. Dass sich einige Staaten einer vorurteilsfreien Debatte darüber verwehren, widerspreche dem Wort und Geist des Vertrags von Lissabon, sagte der CDU-Abgeordnete Reimer Böge. Dort sei klar festgeschrieben, dass der Haushalt aus eigenen Mitteln, nicht aus nationalen Beiträgen finanziert werden solle. Helga Trüpel Grüne sagte, die Finanzierung des Budgets durch eine neue Finanztransaktionssteuer habe den Vorteil, demokratisch und transparent zu sein. Martin Schulz SPD warf den Nettozahlern der EU vor, in pawlowscher Manier auf die Vorschläge zu reagieren. Statt rational über die Steuer zu debattieren, versuchten sie nur, den Boulevard auf ihre Seite zu ziehen. Der FDP-Abgeordnete Alexander Alvaro sagte hingegen, es sei sinnvoller, über eine klare Begrenzung des Haushalts zu reden, wie sie vor allem die Briten forderten, als über die neue Mittel für die EU. [...]



» Es ist sinnvoller, über eine klare Begrenzung des Haushalts zu reden. «

N-TV.DE | 21. SEPTEMBER 2011

## » EUROPA-BEFÜRWORTER ALVARO: „EUROSKEPSIS IST NICHT FDP-POLITIK“

Die Währungsunion funktioniere nicht ohne eine Wirtschaftsunion, sagt der FDP-Europaabgeordnete Alexander Alvaro an die Adresse seiner euroskeptischen Parteifreunde. „Wer das für falsch hält, muss raus aus der Währungsunion. Alles dazwischen ist der Limbo, in dem wir uns seit zehn Jahren befinden, der auch mit zu dieser Krise geführt hat.“

**N-TV.DE** Teilen Sie den Eindruck, dass FDP-Chef Rösler derzeit hin- und hergerissen ist zwischen der euroskeptischen Versuchung und der pro-europäischen Tradition der Liberalen?

**ALEXANDER ALVARO** Nein, den Eindruck kann ich nicht gewinnen, insbesondere nicht, nachdem Philipp Rösler am vergangenen Montag klargestellt hat, wo die FDP in der Europapolitik steht – nämlich dass wir einen pro-europäischen Kurs mit dem Ziel einer Stabilitätsunion verfolgen.

**N-TV.DE** Davor hatten Röslers Einlassungen über eine 'geordnete Insolvenz' Griechenlands den Eindruck erweckt, die FDP kokettiere mit euroskeptischem Populismus.

**ALVARO** Ich glaube, das ist eher dort hineininterpretiert worden. Philipp Rösler ist Vizekanzler und Wirtschaftsminister, seine Aufgabe ist es mitzuregieren. Zum Regieren gehört es eben auch, Situationen ehrlich zu benennen. In der aktuellen Situation ist es nötig, über eine geordnete Insolvenz von Staaten, die in eine Schieflage geraten sind, nachzudenken. Im Übrigen ist Philipp Rösler auch nicht der erste und einzige, der das tut. Seine Position wird von vielen Wirtschaftswissenschaftlern geteilt, und auch die Kanzlerin und der Finanzminister haben noch im Mai 2010 entsprechende Überlegungen angestellt.

**N-TV.DE** Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass es diese Insolvenz geben wird?

**ALVARO** Das kann ich beim besten Willen nicht sagen. Ich möchte mich da auch nicht an Spekulationen beteiligen. Ich halte es nur für wichtig, dass für den Fall der Fälle ein Verfahren vorliegt.

**N-TV.DE** Ihr Parteifreund Frank Schäffler will den geplanten erweiterten Rettungsschirm ESM verhindern. Schäffler sagt, sein Ideal sei ein Europa des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit. Wer verschuldet in Not geraten sei, könne nicht europäische Solidarität einfordern. Das klingt doch plausibel, oder nicht?

**ALVARO** Ich glaube, man muss an dieser Stelle festhalten, dass es völlig legitim ist, den ESM infrage zu stellen. Wenn man ihn allerdings rundweg ablehnt, muss man Alternativen vorlegen können. Ich sehe bisher nur, dass die Konsequenz ein Abrutschen in ein finanzpolitisches Chaos wäre.

**N-TV.DE** Sie selbst sehen keine Alternative zum ESM?

**ALVARO** Als langfristigen Mechanismus halte ich den ESM für richtig. Entscheidend ist aber auch, dass genau das gemacht wird, was von der Parteiführung der FDP ins Gespräch gebracht wurde: Wie stabilisieren wir die Europäische Union, wie können wir Mechanismen im präventiven Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes stärken? Diese Fragen führen auf einen sehr viel konstruktiveren Weg.

**N-TV.DE** Besteht nicht doch die Gefahr, dass bei immer größeren Rettungsschirmen ein Staat nach dem nächsten gerettet wird, bis die Retter selbst in Schwierigkeiten geraten?

**ALVARO** Das ist eine etwas einfache Lesart, die sicherlich auch von der Nervosität der aktuellen Situation bestimmt ist. Man darf nicht übersehen, dass die Situation in Griechenland eine völlig andere ist als die in Italien. Griechenland hat strukturelle Schwierigkeiten und steht am Rande der Unmöglichkeit eigenen Wirtschaftswachstums. In Italien dagegen gibt es einen sehr gesunden Mittelstand, hier hat politische Misswirtschaft zu einem Vertrauensverlust der Märkte geführt. Spanien, Portugal und Italien haben Liquiditätsprobleme, Griechenland hat grundlegende wirtschaftliche Strukturprobleme.

**N-TV.DE** Geht es im Dissens zwischen Alvaro und Schäffler eher um Europa oder eher um unterschiedliche Auffassungen von Liberalismus?

**ALVARO** Ich glaube, der wesentliche Unterschied ist, dass andere und ich sich die Frage stellen, wie wir Europa so gestalten können, dass wir eine stabile und sichere Währung haben. Bei der Einführung des Euro hieß es, die

neue Währung müsse so stabil sein wie die D-Mark. Das ist der Auftrag, den wir von unserer Bevölkerung erhalten haben. Andere Kollegen stellen eher Überlegungen an, wie Deutschland allein sich auf ein vermeintliches nationales Interesse beschränken kann. Ich glaube nicht, dass das der Ausweg ist.

**N-TV.DE** Also mehr Europa?

**ALVARO** Es ist nun hinlänglich bekannt ist, dass eine Währungsunion ohne Wirtschaftsunion nicht funktioniert. Wenn man sich darüber einig ist, muss man sich überlegen, wie man den Weg in eine Wirtschaftsunion gestalten kann. Wer das für falsch hält, muss raus aus der Währungsunion. Alles dazwischen ist der Limbo, in dem wir uns seit zehn Jahren befinden, der auch mit zu dieser Krise geführt hat.

**N-TV.DE** Können Sie sich vorstellen, dass Griechenland aus der Eurozone austreten muss?

**ALVARO** Vorstellen kann ich mir einiges. Aber wer möchte, dass Griechenland aus der Eurozone austritt, muss dafür erst einmal die europäischen Verträge ändern. Darin ist geregelt, dass die Mitgliedschaft in der Eurozone unwiderruflich ist. Das bedeutet, dass der Austritt nicht einseitig erklärt werden kann – weder von einem einzelnen Mitglied noch von anderen Ländern, die ein Mitglied herausdrängen wollen. Wer allerdings der Auffassung ist, dass Griechenland nach wie vor in der Eurozone seine Heimat hat, muss dafür sorgen, dass Griechenland stabilisiert wird. Ein Dazwischen gibt es nicht.

**N-TV.DE** Letzteres wäre Ihr Anliegen?

**ALVARO** Ich würde es für richtig halten, wenn wir uns Gedanken machen, wie ein Stabilitätspakt auch für Griechenland entwickelt werden kann, wie wir Griechenland wirtschaftlich wieder auf die Beine bringen. Sparmaßnahmen alleine helfen da nicht.

**N-TV.DE** Schäffler argumentiert, die Griechen hätten sich in die Eurozone reingetrickst und könnten jetzt nicht noch mit Rettungspaketen belohnt werden – sprich: der Rechtsstaat müsse an Griechenland ein Exempel statuieren, um es drastisch zu formulieren.

**ALVARO** Ich glaube nicht, dass ein Exempel zu statuieren der richtige Weg ist. Griechenland wird ja nicht nur zu Sparmaßnahmen gedrängt, sondern auch zu Privatisierungsschritten, zu Reformen wie dem konsequenten Einziehen von Steuern, im öffentlichen Dienst werden Gehälter gekürzt, es gibt Kürzungen bei den Renten, im Gesundheitssystem – innerhalb seiner Möglichkeiten tut Griechenland, was es kann. Die Verantwortung in einem gemeinsamen Europa ist, Griechenland dabei zu helfen. Aber natürlich kann Verantwortung keine Einbahnstraße sein. Insofern war der Abzug der Troika richtig. Die Troika reist jetzt wieder nach Griechenland. Ich gehe davon aus, dass die Griechen ihre Hausaufgaben gemacht haben.

**N-TV.DE** Bald dürfte Schäffler die Unterschriften für den von ihm angestrebten Mitgliederentscheid zusammen haben. Befürchten Sie, dass ein innerparteilicher Wahlkampf über den ESM die FDP zerreißen könnte?

**ALVARO** Das sollte man nicht zu hoch stilisieren. Wir haben sicherlich unterschiedliche Richtungsauffassungen. Der Bundesvorstand und der Parteivorsitzende werden ja einen eigenen Vorschlag für einen Mitgliederentscheid einbringen, so dass die Mitglieder eine klare Wahl haben werden. Es ist gut, dass wir diskutieren. Was mir Sorgen bereitet, ist, dass im Umfeld zu Parteieintritten aufgefordert wird, um den Mitgliederentscheid von Schäffler und Kollegen zu stützen. Da, muss ich zugeben, frage ich mich natürlich schon, aus welcher Motivation diese Menschen der FDP beitreten, und: Welche weiteren politischen Vorstellungen haben sie?

**N-TV.DE** Es gibt ein starkes euroskeptisches Potenzial in der Bevölkerung, das bisher nur mangelhaft vertreten wird – eigentlich nur von der CSU. Einer muss den Job machen, warum nicht die FDP?

**ALVARO** Weil Euroskeptizismus keine Linie der FDP sein kann. Wir haben den europäischen Einigungsprozess seit Jahrzehnten begleitet und mitgestaltet und sind ohne Frage positiv zur Europäischen Union eingestellt. Dazu gehört auch, dass, wenn man von einem Projekt überzeugt ist, man konstruktive Kritik anbringen muss. Ich glaube, dass die Bevölkerung sehr deutlich den feinen Unterschied zwischen konstruktiver Kritik und populistischer Destruktivität erkennen kann.

SPIEGEL ONLINE | 6. OKTOBER 2011

### » GENSCHER SOLL'S RICHTEN

Der Druck lastet schwer auf FDP-Chef Rösler, jetzt setzt er auf die Hilfe einer Partei-Ikone: Hans-Dietrich Genscher soll die Skeptiker in den eigenen Reihen für das Projekt Europa gewinnen. [...]

Rösler, der am Donnerstag zu einer Kurzvisite nach Athen aufbricht, wird am Samstag in Würzburg und am Sonntag in Dortmund auf Regionalkonferenzen mit der Basis debattieren. Auch über den Euro. Vor allem in der Ruhrstadt werden prominente Liberale auf dem Podium sitzen – neben Rösler, Lindner und NRW-Chef Daniel Bahr auch Bundestagsfraktionschef Rainer Brüderle, der Europapolitiker Alexander Alvaro und Außenminister Guido Westerwelle. Es ist die Phalanx der Euro-Befürworter.

Auch Euro-Kritiker Schäffler wird in Dortmund im Saal sein. Und eins hat er schon jetzt beschlossen: Er will sich auf jeden Fall zu Wort melden.

DRADIO.DE | 25. OKTOBER 2011

### » FDP-POLITIKER: PARTEIKOLLEGEN SIND SICH VERANTWORTUNG BEWUSST

Der FDP-Europaabgeordnete und -Präsidiumsmitglied Alexander Alvaro ist zuversichtlich, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit einem Mandat des Deutschen Bundestages zum Gipfel nach Brüssel reisen kann. Die sogenannten Euro-Rebellen in seiner Partei sind gegen eine Ausweitung des Rettungsschirms.

**NANA BRINK** In der FDP machen zurzeit die sogenannten Euro-Rebellen von sich reden. Die Gruppe um den Finanzexperten und FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler hat eine Mitgliederbefragung über die FDP-Position zum Euro-Rettungsschirm erkämpft und angesichts der bevorstehenden Abstimmung im Bundestag morgen noch einmal nachgelegt: Griechenland soll aus der Eurozone rausfliegen. Gestern zwangen die Euro-Rebellen auch den FDP-Bundesvorstand wie gesagt zu einem Alternativantrag, um endlich Ruhe in diese FDP zu bringen, und es bleibt die Frage: Wie positioniert sich die FDP nun? Mit dabei bei den Verhandlungen gestern und jetzt am Telefon ist Alexander Alvaro, Mitglied im FDP-Präsidium. Dort vertritt er die Allianz der Liberalen Europas und er ist gleichzeitig auch stellvertretender Vorsitzender im Haushaltsausschuss des EU-Parlaments. Guten Morgen, Herr Alvaro!

**ALEXANDER ALVARO** Einen schönen guten Morgen!

**BRINK** Wo steht die FDP vor der morgigen Abstimmung im Bundestag über den Euro-Rettungsschirm?

**ALVARO** Die FDP steht dort, wo sie in europäischen Fragen immer stand, nämlich vor allen Dingen mit Blick auf eine stabile Europäische Union. Unser Auftrag ist es ja in dieser Frage sicherzustellen, dass der Bürger sich darauf verlassen kann, dass der Euro genau so stabil bleibt, wie die D-Mark es war. Und da sehe ich auch die Kollegen in dieser Tradition auch morgen im Deutschen Bundestag.

**BRINK** Nun habe ich den Widerspruch aber noch nicht aufgelöst bekommen: Die Euro-Rebellen sagen ja, es soll keine Ausweitung des Rettungsschirms geben, das heißt, keine permanenten Maßnahmen. Und die Parteispitze sagt, ja, das soll es doch geben.

**ALVARO** Gut, ich glaube, dass es nicht ungewöhnlich ist, dass Sie in einer Partei mehrere Meinungen finden, die darum ringen, welche am Ende sich durchsetzen wird. Wir haben sehr lange gestern den Vorschlag des Präsidiums im Bundesvorstand diskutiert, wir haben ihn auch im Bundesvorstand einstimmig angenommen. Und deswegen sehe ich da jetzt derzeit nur den Austausch darüber, was der richtige Weg ist. Natürlich wollen wir für unsere Position werben und auch am Ende, dass die Mitglieder sich dafür entscheiden.

**BRINK** Aber es ist doch die Quadratur des Kreises: Die Euro-Rebellen um Frank Schäffler sagen, ganz krass gesagt, Griechenland soll aus der Eurozone rausfliegen. Genau das will der FDP-Bundesvorstand aber nicht und die Kanzlerin mit Sicherheit auch nicht.

**ALVARO** Richtig. Wir halten das auch nicht für den richtigen Weg. Die Folgen, die ein Austritt Griechenlands mit sich bringen würde, sind unabsehbar, es ist auch nicht so, als würden wir uns in einem Zug befinden, bei dem man kurz dann aussteigen kann und gegebenenfalls bei einer anderen Station wieder einsteigen kann. Die Kollegen um Frank Schäffler sind ja nun auch keine Euro-Rebellen, sondern vertreten eben diese Auffassung. Das Problem in dieser Auffassung ist lediglich, dass sie keine Lösung aufzeigt, sondern sich strikt gegen jegliche Maßnahme wendet, wobei wir versuchen, Wege aufzuzeigen, wie man mit dieser Maßnahme umgehen kann.

**BRINK** Aber was ist das für ein Signal für die morgige Abstimmung im Bundestag, wo ja eigentlich die Kanzlerin für ihr Mandat, für den Gipfel morgen Abend ja doch eigentlich eine Kanzlermehrheit haben muss?

**ALVARO** Ich weiß nicht, ob die Kollegen im Deutschen Bundestag über die verschiedenen Formen der Mehrheiten diskutieren. Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Koalition in dieser Frage eine Mehrheit haben wird, denn sie funktioniert ...

**BRINK** ... die Frage ist, ob sie eine Kanzlermehrheit haben wird?

**ALVARO** Ich frage mich, ob das entscheidend ist. Entscheidend ist, dass der Deutsche Bundestag den Maßnahmen zustimmt. Und ich glaube, dass die Kollegen sich ihrer Verantwortung bewusst sind, da brauchen sie keine Ratschläge aus Brüssel.

**BRINK** Droht denn mit dieser FDP-Mitgliederbefragung nicht auch ein Anti-Europa-Kurs der FDP?

**ALVARO** Nein. Ich glaube, wie gesagt, dass es selbstverständlich ist, dass man über verschiedene Positionen und gerade über diese intensiv diskutiert. Schließlich geht sie alle Menschen an, und zwar in intensivster Form, nämlich um ihre Ersparnisse und das Einkommen. Und ich glaube nicht, dass infrage gestellt werden kann, dass die FDP eine pro-europäische Partei ist, die sich auch in dieser Tradition sieht. Deswegen würde ich mir keine Sorgen machen, dass wir in irgendeiner Form als nichteuropäisch gelten könnten.

**BRINK** Wie soll denn das nun weitergehen für die FDP-Abgeordneten? Über den Euro-Rettungsschirm und dessen Ausgestaltung wird ja dann morgen Abend in Brüssel entschieden. Aber es gibt ja noch die geplante Abstimmung Anfang nächsten Jahres, da geht es um den dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus, er nennt sich ESM. Da ist doch kein Spielraum vonseiten der FDP möglich?

**ALVARO** Durchaus. Also, wir haben in dem Beschluss gestern ja auch festgehalten, dass der ESM nur unter den Voraussetzungen kommen kann, dass das deutsche Haftungsvolumen nach wie vor klar begrenzt bleibt, dass wir keine Vergemeinschaftung von Schulden damit einleiten, dass auch weitere Maßnahmen da flankierend begleitet werden müssen, vor allen Dingen im Vorfeld ein Stabilitätspakt II entstehen muss, der nämlich verhindert, dass wir wieder in solch eine Situation kommen.

**BRINK** Wollen wir noch mal die europäische Seite des Ganzen beleuchten. Sie sind ja stellvertretender Vorsitzender im Haushaltsausschuss des EU-Parlaments, wie viel Mitbestimmungsrecht dürfen denn Abgeordnete in nationalen Parlamenten angesichts einer solchen Krise haben?

**ALVARO** Also, ich glaube, die Frage, wie viel sie haben dürfen, stellt sich nicht. Denn Europa ist immer noch das Europa der Bürger und nicht ein Europa der Staats- und Regierungschefs. Auch wenn zugegebenermaßen es uns stört auf europäischer Seite, dass diese Verhandlungen rein intergouvernemental, also zwischen den Regierungen geführt werden. Aber dass der Deutsche Bundestag beteiligt wird, ist ja nun auch ein wesentlicher Erfolg, den wir als FDP in dieser Koalition erreichen konnten mit Unterstützung des Bundesverfassungsgerichtes. Also ist es selbstverständlich, dass der deutsche Abgeordnete über die Verwendung von deutschen Steuergeldern mit entscheidet.

**BRINK** Aber es ist schon eine Art deutscher Sonderweg, also quasi fast einzigartig in Europa?

**ALVARO** Also, ich finde es bedauerlich, dass man die demokratische Beteiligungen der gewählten Repräsentanten schon als Sonderweg sehen muss. Wir haben aber gesehen, dass auch in anderen Mitgliedsstaaten natürlich die Parlamente darüber diskutieren und entscheiden. Bei uns ist das etwas lebhafter, aber als eine der größten Volkswirtschaften in Europa ist es, glaube ich, auch nicht ganz unverständlich.

**BRINK** Muss nicht auch das Europäische Parlament einbezogen werden bei dieser Frage?

**ALVARO** Das wird es ja. Wir werden nicht in allen Fragen, die der Deutsche Bundestag entscheidet, entscheiden wir auch, aber wir haben zum Beispiel das sogenannte Sixpack beschlossen, das ist ein sechs Beschlüsse umfassendes Paket von Maßnahmen, die eben auch die Stabilisierung des Euros flankierend begleiten sollen.

**BRINK** Alexander Alvaro, Mitglied im FDP-Präsidium und stellvertretender Vorsitzender im Haushaltsausschuss des EU-Parlaments. Schönen Dank, Herr Alvaro, für das Gespräch!

**ALVARO** Danke Ihnen vielmals!

---

SPIEGEL ONLINE | 29. NOVEMBER 2011

### » MERKELS EXPRESSRETTUNG STÖSST AUF WIDERSTAND

Jeden Tag kommen neue Schreckensmeldungen zur Schuldenkrise. Um das Vertrauen der Anleger zurückzugewinnen, will die Bundesregierung möglichst schnell die EU-Verträge ändern – ohne einen langwierigen Konvent. Doch das Europaparlament besteht auf Mitsprache.

Den Euro-Retttern läuft die Zeit davon. Alle bisherigen Bemühungen, die Währungsunion zu stabilisieren, sind fehlgeschlagen, auch der Euro-Rettungsschirm EFSF wird wohl nicht die erhoffte Beruhigung bringen – trotz aller Hebel, um seine Feuerkraft zu maximieren (die Ereignisse des Tages im Minutenprotokoll hier). Deshalb trommelt die Bundesregierung in diesen Tagen vehement für das Projekt, das sie für am besten geeignet hält, das Vertrauen in den Euro dauerhaft wiederherzustellen: die Änderung der Europäischen Verträge.

Kanzlerin Angela Merkel und ihr Finanzminister Wolfgang Schäuble (beide CDU) wollen auf diesem Weg strengere Regeln für mehr Etatdisziplin, Haushaltskontrollrechte und ein Klagerecht gegen Defizitsünder vor dem Europäischen Gerichtshof festschreiben lassen – und das möglichst schnell. Berlin versucht deshalb, das sonst so langatmige Verfahren für eine Vertragsänderung zu beschleunigen. So will Schäuble auf die Einberufung eines womöglich zeitraubenden Europäischen Konvents verzichten.

Dem allerdings müsste das Europaparlament seinen Segen geben. Und von dort gibt es Gegenwind, auch aus dem schwarz-gelben Lager. „Die notwendigen Vertragsänderungen müssen auf eine möglichst breite Basis gestellt werden, wenn sie in der Union nicht nur akzeptiert, sondern auch gelebt werden sollen“, sagt der FDP-Europaabgeordnete Alexander Alvaro. Den Konvent zu umgehen, bedürfe „einer besonderen Begründung, die ich bisher noch nicht gehört habe“. [...]

Auch Experten sind skeptisch. Zwar habe das EU-Parlament bei der Einführung des permanenten Europäischen Stabilitätsmechanismus auf einen Konvent verzichtet, sagt Janis Emmanouilidis vom Brüsseler European Policy Centre. „Diesmal ist die Situation aber anders.“ Die Änderungen wären jetzt wohl weitergehender, außerdem sähen bei einem Verzicht auf einen Konvent viele die demokratische Legitimität des Krisenmanagements in Frage gestellt, glaubt Emmanouilidis. [...]

BLOOMBERG.COM | 1. DEZEMBER 2011

## » EU BUDGET TO RISE 2.1 PERCENT NEXT YEAR AS GOVERNMENTS DEMAND RESTRAINT

The European Union approved a 2.1 percent increase in spending next year, a smaller rise than in 2011 as national governments insisted on EU budget restraint to match domestic austerity aimed at tackling the debt crisis.

The European Parliament endorsed a 129.1 billion-euro (\$174.1 billion) budget for 2012 compared with 126.5 billion euros this year, when spending is growing 2.9 percent. EU governments gave their backing yesterday to the 2.6 billion-euro boost next year in total expenditure, almost half of which goes to agriculture.

"If everyone is tightening their belts in Europe, the European institutions must do the same," Alexander Alvaro, a German member of the 27-nation EU Parliament, said in an e-mailed statement today in Brussels.

The 2012 budget is the sixth under a multi-year EU spending program that locked in farm spending through 2013. The program fixed total expenditure in 2007 – 2013 at 864 billion euros, or 1.05 percent of the region's gross domestic product. The expenditure next year amounts to 1 percent of the EU's GDP. By comparison, national spending in the EU averaged 51 percent of domestic GDP in 2009.

The other main part of the EU budget goes to foster development in poorer European regions, leading this policy area and agriculture together to soak up around four-fifths of the total. Next year's spending plan earmarks 57 billion euros in farm expenditure and 43.8 billion euros in regional aid.



» If everyone is tightening their belts in Europe, the European institutions must do the same. «

---

## » KONTAKT

### EUROPÄISCHES PARLAMENT

ASP 10 G 240  
60, rue Wiertz  
BE – 1047 Brüssel  
Telefon +32 2 284 7328  
Fax +32 2 284 9328  
alexander.alvaro@europarl.europa.eu  
www.alexander-alvaro.de

### REGIONALBÜRO DÜSSELDORF

Sternstraße 44  
DE – 40479 Düsseldorf  
Telefon +49 211 49554881  
Fax +49 211 49554882  
europacenter@alexander-alvaro.de

---

## » MITARBEITER

### ABGEORDNETENBÜRO BRÜSSEL

Elisabeth Bauer  
Marton Kovacs  
Annerose Aeltermann  
Adam Mouchtar

### PRESSESPRECHER DER FDP IM EP

Benjamin Krieger

### REGIONALBÜRO DÜSSELDORF

Sven Görgens

### FDP-EUROPABÜRO BERLIN

Christiane Junker

---

## » LAYOUT, PRODUKTION

RAUM II  
Agentur für visuelle Kommunikation  
Körnerstrasse 56  
DE – 04107 Leipzig  
Telefon +49 341 30326760  
Fax +49 341 30326768  
info@raum-zwei.com  
www.raum-zwei.com

---

### © 2011 ALEXANDER ALVARO MdBEP

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation oder Teile der Publikation dürfen nicht ohne die schriftliche Genehmigung des Herausgebers vervielfältigt, in Datenbanken gespeichert oder in irgendeiner Form übertragen werden. Diese Publikation ist eine Information der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament und darf nicht für Wahlwerbung verwendet werden.



